

Jahresbericht

Geschäftsjahr

2003

des Deutschen Exekutivdirektors

www.worldbank.org/boards

THE WORLD BANK GROUP

IBRD IDA IFC MIGA ICSID

A large, stylized globe graphic in shades of blue, composed of a grid of latitude and longitude lines, is positioned in the background of the lower half of the page. The globe is partially cut off by the edges of the page.

Inhaltsverzeichnis

1.	Zusammenfassung	1
1.1	Die Themen	1
1.2	Die Geschäftstätigkeit	8
2.	Die wichtigsten Themen des Geschäftsjahres 2003	9
2.1	BMZ Strategiepapier	9
2.2	Erneuerbare Energien	11
2.3	Kernarbeitsnormen	12
2.4	Millennium Development Goals (MDGs) und Ergebnismessung	15
2.5	Die Weltbank und der Wiederaufbau des Irak	19
3.	Sonstige wichtige Themen	22
3.1	Governance - Probleme der Weltbank	22
3.2	Weltentwicklungsbericht 2004	24
3.3	Fortschritte bei der Umsetzung der HIPC Initiative	26
3.4	IDA 13 Wiederauffüllungsverhandlungen	28
3.5	Beitrag der Weltbank zur HIV/AIDS Bekämpfung	29
3.6	Der „neue“ Schwerpunkt Infrastruktur	30
3.7	Umwelt- und Sozialstandards	32
3.8	LICUS Initiative	35
3.9	Development Gateway Foundation / ICT	38
3.10	Harmonisierung von positiven Strategien und Verfahren	38
4.	Zusammenarbeit mit der Wirtschaft	41
5.	Deutsche Mitarbeiter in der Weltbankgruppe	46
6.	Geschäftstätigkeit der Weltbank	52

Anlagen	57
Datenblatt IBRD/IDA	57
Datenblatt IFC	64
Datenblatt MIGA	69
Organigramme IBRD/IDA, IFC, MIGA	74
Mitarbeiter des deutschen Weltbankbüros	80

Abkürzungsverzeichnis

CAS	Country Assistance Strategy
CDF	Comprehensive Development Framework
CGAP	Consultative Group to Assist the Poorest
CGIAR	Consultative Group on International Agricultural Research
CODE	Committee on Development Effectiveness
COGAM	Committee of Governance and Administrative Matters
DGF	Development Gateway Foundation
EE	Erneuerbare Energie
GPGs	Global Public Goods
HIPC	Highly-Indebted Poor Countries
IAMB	International Advisory and Monitoring Board
ICT	Information and Communication Technologies
IDA	International Development Association
IFC	International Finance Corporation
ILO	International Labor Organization
KAN	Kernarbeitsnormen
MAP	Multi-country HIV/AIDS Program
MDG's	Millennium Development Goals
MIGA	Multilateral Investment Guarantee Agency
N.Y.C.	New York City
OED	Operation Evaluation Department
PRSP	Poverty Reduction Strategy Paper
QAG	Quality Assurance Group
SZR	Sonderziehungsrechte
UNICEF	The United Nations Children's Fund
VN	Vereinte Nationen
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development
WB	World Bank
WBI	World Bank Institute
WDI	World Development Indicators
WDR	World Development Report

1. ZUSAMMENFASSUNG

1.1 DIE THEMEN

Das **BMZ** hat im Geschäftsjahr 2003 (GJ vom 1. Juli 2002 bis 30. Juni 2003) sein **Strategiepapier** „Partnerschaft gegen die Armut – unsere Ziele in der Weltbank“ zur Zusammenarbeit mit der Weltbank veröffentlicht. Das BMZ wird sich gemeinsam mit dem deutschen Büro bei der Weltbank in den nächsten Jahren verstärkt in folgenden Bereichen engagieren: Stärkung von Institutionen in den Entwicklungsländern, Ausbau des Beitrags zur Bereitstellung von globalen öffentlichen Gütern den entwicklungspolitisch relevantesten Bereichen, bessere Verankerung der Umwelt- und Sozialstandards als Teil der Politik der Länder selbst und als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen der Weltbanktätigkeit. Weitere Schwerpunkte sind: Förderung von regenerativen Energien, „Mainstreaming“ von „gender“-spezifischen Aspekten und Zusammenarbeit mit dem Privatsektor. Neben diesen thematischen Schwerpunkten steht die institutionelle Fortentwicklung der Weltbankgruppe und die stärkere Einbindung der VN-Organisationen und der Regionalbanken im Vordergrund der künftigen Arbeit.

Das im BMZ Strategiepapier hervorgehobene Thema der Förderung von **erneuerbaren Energien** ist insbesondere nach der Umweltkonferenz „Rio + 10“ in Johannesburg ein Schwerpunkt der deutschen Zusammenarbeit mit der Weltbank (WB). Ziel ist es, die WB zu einem stärkeren Engagement in diesem Bereich zu bringen, auch durch die Anhebung des Anteils der Maßnahmen zu erneuerbaren Energien im Gesamtenergieportfolio der WB. Um einen intensiven Informationsaustausch zwischen der deutschen Seite und der WB zu garantieren und deutsches „Kow-how“ einfließen zu lassen sowie Kooperationsvorhaben anzustrengen, ist die Entsendung eines Experten für erneuerbare Energien in die WB vorgesehen.

Auch die **institutionelle Fortentwicklung**, die sich u.a. auf die Stärkung des Gewichts der Entwicklungsländer bezieht, ist als eines der Schwerpunktthemen des Strategiepapiers vorangetrieben worden. Nachdem Weltbankpräsident James Wolfensohn und der Vorsitzende des Development Committees, der südafrikanischen Finanzminister Manuel Trevor, während der vorangegangenen Jahrestagung die Effizienz der Governance-Struktur der Weltbank in Frage gestellt hatten,

beschloss der Exekutivrat, sich mit Governance-Fragen tiefergehender zu befassen. Der bisherige Board-Ausschuss „Committee on Development and Administrative Matters“ erhielt weitere Aufgabenbereiche, die sich mit Governance-Fragen befassen. Der deutsche Exekutivdirektor ist Mitglied in diesem erweiterten „Committee on Governance and Administrative Matters“.

Das deutsche Weltbankbüro wird auch gemäß der Schwerpunktsetzung der Bundesregierung weiterhin dazu beitragen, die international anerkannten **Kernarbeitsnormen** (KAN) in der Weltbank zu fördern. Die WB erkennt deutlicher als früher, dass die Einhaltung der Kernarbeitsnormen die gesellschaftliche Entwicklung und den Wohlstand erhöhen kann. Sie hat ihre analytischen Tätigkeiten im Bereich Arbeitsmarkt einschließlich KAN verstärkt und berücksichtigt diese im Rahmen der Mittelallokation. Auch erkennt die WB in der Praxis zusehends die Bedeutung der gewerkschaftlichen Vereinigungsfreiheit an und pflegt einen regelmäßigen Dialog mit Gewerkschaften auf nationaler wie internationaler Ebene. Das deutsche Weltbankbüro hat sich mit Erfolg dafür eingesetzt, dass das Thema KAN im Exekutivrat diskutiert wurde. Die Bundesregierung beabsichtigt zudem, die Bank unter Einbeziehung der ILO bei der Entwicklung und Umsetzung einer Strategie zur Beschäftigungsförderung einschließlich KAN zur Armutsbekämpfung stärker zu unterstützen.

Die Frühjahrstagung von WB und IWF hat sich nach Befassung mit dem Rahmenwerk der WB zum **globalen Monitoring** der Politiken und Aktionen zur Erreichung der „**Millennium Development Goals**“ (MDGs) beschäftigt und erneut die Themen MDGs und Ergebnismessung bekräftigt. Zur anstehenden Jahrestagung im September in Dubai wird die WB nun ihren ersten Bericht zur Umsetzung dieses Rahmenwerkes vorlegen.

Die WB nimmt das Thema der MDG bezogenen **Ergebnismessung** und die Ausrichtung der gesamten Arbeit an Ergebnissen verstärkt in Angriff. So werden die Länderstrategien (CAS) der WB in Zukunft wesentlich stärker auf Ergebnisse ausgerichtet, die entsprechend klare Indikatoren enthalten. Ergänzend dazu hat die WB eine Analyse zu den notwendigen Schritten vorgelegt, die ergriffen werden müssen, um entscheidende Fortschritte im Bereich „Grundbildung für alle“,

Gesundheit, HIV/AIDS, Wasser und Abwasserentsorgung zu erzielen. Die Analyse kommt zu dem Schluss, dass viele der ärmsten Länder die MDGs nicht erreichen werden, wenn nicht alle Entwicklungspartner weitaus stärkere Anstrengungen ohne zeitliche Verzögerung unternehmen und solange die Umkehrung der Infektionsrate von HIV/AIDS nicht erreicht wird.

Der **Weltentwicklungsbericht 2004** (WDR) untersucht das für die Erreichung der MDGs bedeutsame Thema der Verbesserung der sozialen Dienstleistung hinsichtlich des Zugangs für arme Bevölkerungsschichten. Kernelement der Analyse sind die unterschiedlichen Verantwortlichkeitsbeziehungen im Dreieck der Akteure – Kunden, Dienstleister und Staat. Der WDR kommt zu dem Schluss, dass arme Bevölkerungsgruppen in die Lage versetzt werden müssen, als Kunden von Leistungen die Dienstleister zur Rechenschaft zu ziehen. Die bisherigen Ansätze wie mehr Wirtschaftswachstum, mehr staatliche Sozialausgaben und technokratische Lösungen würden jedoch zu kurz greifen. Vielmehr seien politische und institutionelle Reformen notwendig, welche die Kontroll- und Anreizmechanismen für Staat/Politiker und öffentliche Dienstleistungserbringer fundamental verändern.

Für die WB stellt die **Bekämpfung von HIV/AIDS** und die Erreichung des entsprechenden MDGs einen zentralen Schwerpunkt ihrer Arbeit dar. Die gegenwärtigen Zusagen belaufen sich auf über US \$ 1,3 Mrd., mit einem Anteil von über US \$ 612 Mio. für Subsahara Afrika. Damit ist die Bank innerhalb des VN-Systems der größte Financier. Die WB verfolgt einen multisektoralen und länderübergreifenden Ansatz. Mit MAP (Multi-Country HIV/AIDS Program) trägt die WB den umfassenden finanziellen Erfordernissen, der notwendigen stärkeren Betonung der Implementierung sowie der direkten Einbeziehung von Kommunen Rechnung. So werden etwa 50% der Mittel von MAP (über US \$ 1 Mrd. für Projekte in Afrika) direkt an nichtstaatliche Institutionen vergeben.

Die **Harmonisierung von Politiken, Strategien und Verfahren** nimmt weiterhin auch mit Hinblick auf die Erreichung der MDGs einen hohen Stellenwert in der Entwicklungszusammenarbeit ein. Höhepunkt der Harmonisierungsbemühungen in diesem Geschäftsjahr bildete das „High Level Forum on Harmonization“ im Februar in Rom, auf dem die sog. „Rom Declaration“ verabschiedet wurde. Sie unterstreicht den Beitrag

der Harmonisierungsbestrebungen als Beitrag zur Erreichung der MDGs und wird als Unterstützung der im Rahmen des Monterrey Konsensus erzielten Vereinbarungen der internationalen Entwicklungsgemeinschaft angesehen. Eine erneute Bestandsaufnahme der erzielten Fortschritte ist für Anfang 2005 vorgesehen.

Eines der am heftigsten diskutierten Themen in diesem Geschäftsjahr war die Beteiligung der Bank beim Wiederaufbau des Iraks. Nach dem Ende der hauptsächlichen Kampfhandlungen in dem ohne VN Mandat geführten **Krieg gegen den Irak**, war es eines unserer wichtigen Ziele, den internationalen Institutionen wieder einen zentralen Platz zuzuweisen. Mit der im Mai verabschiedeten VN-Sicherheitsratsresolution 1483 wurde jedoch ein großer Teil der Nachkriegsordnung für den Irak bereits festgelegt. Der Weltbank wurde gemeinsam mit VN, Arab Fund und dem IWF eine eher passive Rolle als Mitglied im International Advisory and Monitoring Board (IAMB) zugewiesen. Hauptaufgabe dieses Boards ist die Überwachung der Ausgaben des Irakischen Entwicklungsfonds. Zusätzlich zu dieser formalen Funktion wurde die WB aufgrund ihrer umfangreichen Erfahrung in Post Konflikt Ländern auch von der Besatzungsmacht schnell als kompetenter Partner bei der Diskussion um die notwendigen Reformen und den Finanzierungsbedarf anerkannt. Gemeinsam mit anderen VN Organisationen wurde sie beauftragt, eine Bewertung des notwendigen Finanzierungsbedarfs für das Jahr 2004 vorzunehmen (needs assessment). Trotz der problematischen Sicherheitslage ist es gelungen, dieses „needs assessment“ durchzuführen. Der Bericht hierzu wird Ende September erscheinen und bildet die Grundlage für die im Oktober geplante Geberkonferenz.

Im Rahmen der „Erweiterten Initiative für hochverschuldete arme Länder“ (**HIPC-Initiative**) erhalten mittlerweile 27 Länder Schuldendiensterleichterungen. Bei den 11 Staaten, die die Bedingungen für einen Schuldenerlass und für Armutsbekämpfung noch nicht erfüllen, handelt es sich im Wesentlichen um Konfliktländer und Länder mit schweren „Governance“-Problemen. Das Gesamtentschuldungsvolumen der HIPC-Initiative wird - ohne die Länder Sudan, Somalia und Liberia - auf über US \$ 70 Milliarden geschätzt.

Mit den Verhandlungen zur **13. Wiederauffüllung des „weichen“**

Kreditfensters der Bank (IDA13) wurde im Juli 2002 ein Finanzierungsrahmen von 18 Mrd. SZR (rd. US \$ 23 Mrd.) für den Zeitraum der Finanzjahre 2003 bis 2005 ermöglicht. Dabei wurde das übergeordnete Ziel der Armutsbekämpfung programmatisch umgesetzt. Durch eine erweiterte Zuschussvergabe soll die „Verwundbarkeit“ der ärmsten Länder nicht weiter durch externe Verschuldung erhöht werden.

Die Finanzierungen der WB Gruppe im Bereich **Infrastruktur** (einschließlich Wasser) sind seit Anfang der 90er Jahre um etwa 50% zurückgegangen. Aufgrund eines breiten Konsens im Direktorium wurde beschlossen, Voraussetzungen zu schaffen, um den Anteil an Infrastrukturvorhaben mittelfristig wieder zu erhöhen. Die WB hat hierfür einen Aktionsplan erarbeitet, dessen Umsetzung vom Direktorium überwacht wird.

Die Bundesregierung setzt sich weiterhin dafür ein, das **gute Umwelt- und Sozialstandards** als wesentlicher Aspekt nachhaltiger Entwicklung in den entsprechenden Bereichen der Weltbanktätigkeit und als Teil der Politiken der Länder selbst besser verankert werden. Hinsichtlich der 2001 ohne die Zustimmung der Bundesregierung verabschiedeten Umsiedlungsrichtlinien wurde erreicht, dass sie wieder im Herbst 2003 auf den Prüfstand gestellt wird. Um zu vermeiden, dass die Nichtfinanzierung seitens der Bank von Waldbewirtschaftung zu negativen Auswirkungen für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung mangels fehlender Umweltstandards bei alternativen Finanzquellen führt, hat die Bundesregierung im Oktober 2002 verabschiedeten Forstrichtlinien zugestimmt. Die Zustimmung erfolgte jedoch, nachdem entscheidende Verbesserungen im Zertifizierungsverfahren auf Druck der Bundesregierung erreicht werden konnten und die erneute Überprüfung der Richtlinie sichergestellt wurde. Der noch andauernde Revisionsprozess zur Richtlinie über den Schutz indigener Völker wird weiterhin eng begleitet.

Die **Development Gateway Foundation (DGF)** hat das erste Treffen des ICT Development Forum im Mai 2002 in Bonn veranstaltet. Mit-Veranstalter waren hierbei die Deutsche Telekom AG und das Land Nordrhein-Westfalen. Anliegen war es, Antworten auf die Frage zu finden, wie digitale Technologien die wirtschaftliche und gesellschaftliche

Entwicklung fördern können.

Im Berichtszeitraum wurden zwar häufiger Treffen zwischen den Exekutivdirektoren, die EU-Länder repräsentieren, durchgeführt, doch kann von einer **EU-Koordinierung** von Weltbankthemen keinesfalls die Rede sein. Die Treffen waren eher gekennzeichnet durch einen gegenseitigen Informationsaustausch über Standpunkte zu verschiedenen Themen und wurden von den Exekutivdirektoren bzw. von Mitarbeitern einberufen, die dem Land der EU-Ratspräsidentschaft angehören. So ist z.B. darüber diskutiert worden, ob die Weltbank künftig in den 10 neuen EU-Beitrittsländern tätig werden soll, welche Positionen die einzelnen EU-Länder bzw. Ländergruppen zum HIPC-Prozeß einnehmen oder Informationen darüber, welche Schwerpunkte die jeweilige Ratspräsidentschaft setzt. Der deutsche Exekutivdirektor hat angeregt, dass sich die Vertreter der EU-Mitgliedsländer wenigstens einmal monatlich für die Vorbereitung des Arbeitsplans der Weltbank-Exekutivdirektoren treffen und das eine gemeinsame Reise der Exekutivdirektoren zur EU-Kommission nach Brüssel durchgeführt wird, um weiter Perspektiven der EU-Kooperation in der Weltbank zu entwickeln.

Es finden monatliche Koordinierungstreffen zwischen dem **deutschen und französischen Exekutivbüro** statt. In dieser engen Zusammenarbeit sind mehr als 20 gemeinsame Stellungnahmen zu unterschiedlichen Themen im Board vorgetragen bzw. schriftlich vorgelegt worden. Darüber hinaus wurde ein Personalaustausch von Assistenten bzw. Advisors zwischen beiden Büros durchgeführt. Mit dem Büro des **englischen Exekutivdirektors** wurde eine gemeinsame schriftliche Stellungnahme zum Thema Handel verfasst.

Im GJ 2003 sind aus Weltbankprojekten insgesamt **US \$ 826 Mio. nach Deutschland geflossen** (2002: US \$ 880 Mio). Die Auszahlungen an deutsche Firmen entsprechen damit einem Anteil von 7,8% an den Auszahlungen in Fremdwährung und einem Anteil von 4,3% an den Gesamtauszahlungen im abgelaufenen Fiskaljahr¹.

¹ Die Gesamtauszahlungen setzen sich zusammen aus den Auszahlungen in Fremdwährung, den Auszahlungen in der Währung des Partnerlandes sowie den Auszahlungen im Rahmen von Sektor- und Strukturanpassungsprogrammen und der HIPIC Initiative.

Damit hat sich gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Verringerung ergeben (2002: nur Fremdwährung 9,3%, Gesamtauszahlung 4,9%).

Das Büro des deutschen Exekutivdirektors versteht sich als **Anlauf- und Beratungsstelle für die deutsche Wirtschaft**. Um einen besseren und systematischen Austausch mit Wirtschaftsvertretern zu erreichen, hat das deutsche ED Büro Anfang des Jahres 2003 die "Initiative Wirtschaftsarbeitskreis" gegründet. Hierbei handelt es sich um einen informellen Kreis von in Washington vertretenen Verbands-, Consulting- und Industrievertretern. Ziel der etwa monatlich stattfindenden Treffen dieses Arbeitskreises ist es, den Informationsfluss in beide Richtungen zu verbessern.

Der Deutsche Personalanteil lag im GJ 2003 unverändert bei 2,7%, was als weiterhin unbefriedigendes Ergebnis angesehen werden muss. Ziel der Bundesregierung bleibt es weiterhin, die Repräsentanz von Deutschen in Internationalen Organisationen wie der Weltbank zu erhöhen und auf ein befriedigendes Maß anzuheben.

Um zu einer verbesserten **Öffentlichkeitsarbeit** der WB beizutragen, hat das Exekutivdirektorium, unserer Anregung folgend, unter **www.worldbank.org/board** eine **Webseite** eingerichtet, die Auskunft über Arbeitsweise des Direktoriums gibt. Vorgesehen ist darüber hinaus, individuelle Webseiten über die Büros der Exekutivdirektoren zu gestalten, um die Kontaktaufnahme zu erleichtern.

1.2 DIE GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Das **Zusagevolumen** von IBRD und IDA ist im GJ 2003 um rund 5% auf US \$ 18,5 Mrd. gefallen. Die Auszahlungen haben sich bei IDA um 9% auf rund US\$ 7,3 Mrd. verringert, bei der IBRD sind sie um 1% auf rund US \$ 11,2 Mrd. zurückgegangen. Bei der IFC fiel das Zusagevolumen um 0,5% auf US \$ 4 Mrd., MIGA hingegen erlebte einen Anstieg von 9% auf rund US \$ 1.4 Mrd.

Die IBRD erwirtschaftete im GJ 2003 einen Gewinn von US \$ 3 Mrd. und liegt damit rund 50 % über dem Vorjahresniveau (rund US \$ 1,9 Mrd.).

Übersicht

	2001		2002		2003	
	Mio \$	% gegenüber Vorjahr	Mio \$	% gegenüber Vorjahr	Mio \$	% gegenüber Vorjahr
IBRD	10.487	-4	11.452	9	11.231	-1
IDA	6.764	55	8.067	19	7.283	-9
IFC	3.742	7	4.006	7	3.991	-,5
MIGA	1.999	25	1.221	-32	1.352	9

2. DIE WICHTIGSTEN THEMEN DES GESCHÄFTSJAHRES 2003

2.1 BMZ-STRATEGIEPAPIER

Im September 2002 hat das BMZ seine Strategie zur Zusammenarbeit mit der Weltbank veröffentlicht. Unter dem Titel „**Partnerschaft gegen die Armut - unsere Ziele in der Weltbank**“ (englischer Titel „A Partnership to Combat Poverty – Our Goals at the World Bank“) beschreibt das Strategiepapier den allgemeinen Rahmen unter Herausstellung der unterschiedlichen strategischen Bereiche, in denen sich das BMZ und das deutsche Büro bei der Weltbank in den nächsten Jahren verstärkt engagieren will. Basierend auf der Überzeugung, dass weltwirtschaftliche Globalisierung starke Institutionen erfordert und die Weltbank neben dem IWF und der WTO im Bereich Wirtschaft zu den tragenden Säulen der Sicherheit, Stabilität und Wohlstand gewährleistenden „global governance“ gehört, konzentriert sich das Strategiepapier auf die folgenden thematischen Schwerpunkte.

Institutionelle Entwicklung:

- Die Stärkung von Institutionen muss den Kern der nationalen Entwicklungsstrategien bilden (PRSPs). Der PRSP-Ansatz muss dem insbesondere durch eine breite Beteiligung der Zivilgesellschaft Rechnung tragen. „Ownership“ und Partizipation der Bevölkerung sind zentral für den Erfolg dieser Neuausrichtung der WB, die mit dem sogenannten „Strategic Compact“ (1997) begonnen wurde.
- Die WB muss die Regierungen verstärkt dabei unterstützen, proaktive Politiken zur Förderung von Wachstum zu konzipieren und umzusetzen.
- Da Liberalisierung und Privatisierung kein Selbstzweck sind, müssen sie sich in eine kohärente Entwicklungsstrategie einfügen.

Globale Öffentliche Güter (GPGs):

Die WB sollte ihren Beitrag zur Bereitstellung von GPGs (z.B. Klima- und Ressourcenschutz, Finanzstabilität, Schutz vor ansteckenden Krankheiten) ausbauen und auf die entwicklungspolitisch relevanten

Bereiche konzentrieren. Sie sollte in diesen Bereichen ihre Rolle als Fokus von institutionenübergreifenden Initiativen verstärken.

Umwelt- und Sozialstandards:

- Zur Vermeidung von schädlichen Auswirkungen der WB-Maßnahmen auf betroffene Bevölkerungsgruppen und die Umwelt wird es immer wichtiger, insbesondere in Ländern mit mittlerem Einkommen gute Umwelt- und Sozialstandards als Teil der Politik der Länder selbst zu verankern und dafür angemessene Hilfestellung zu geben.
- Umwelt- und Sozialaspekte müssen als wesentlicher Aspekt nachhaltiger Entwicklung in allen Bereichen der WB-Tätigkeit als Querschnittsaufgabe besser verankert werden und müssen verstärkt in der Programmhilfe berücksichtigt werden.
- Daneben sollte sich die WB verstärkt im Bereich der Erneuerbaren Energien engagieren.

„Gender“:

Die Bedeutung „gender“-spezifischer Aspekte ist von der WB anerkannt, muss jedoch konsequent in der täglichen Arbeit umgesetzt werden - „mainstreaming“ innerhalb der WB sowie im PRSP- und CAS-Prozess, Vorbereitung von Projekten, Programmen und Sektorstrategien.

Zusammenarbeit mit dem Privatsektor:

Die WB-Gruppe, einschließlich der International Finance Corporation (IFC) und der Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA), soll ihre Arbeit besser darauf ausrichten, das Potenzial des Privatsektors für die Reduzierung der Armut fruchtbar zu machen. Die Strategien von IFC und MIGA müssen stärker auf ihren nachhaltigen Beitrag zur Armutsbekämpfung orientiert werden.

Neben diesen thematischen Schwerpunkten steht die institutionelle Fortentwicklung der WB-Gruppe, insbesondere die stärkere Beteiligung der Entwicklungsländer, in den Entscheidungsgremien der WB im Vordergrund der zukünftigen Arbeit. Eine stärkere Einbindung der VN sowie der Regionalbanken und das Thema Geberkoordinierung werden außerdem aktiv in den nächsten Jahren vorangetrieben werden.

Im Rahmen der Frühjahrstagung von WB und IWF hat ein Treffen der deutschen Delegation unter Leitung von BMZ-Abteilungsleiter Dr. Michael Hofmann und dem Senior Management der WB unter Leitung von Managing Director Geoffry Goldstein zur Vorstellung der BMZ-Strategie stattgefunden. Das Senior Management der WB begrüßte sehr die inhaltliche Ausrichtung und Schwerpunktsetzung der BMZ-Strategie. Diese unterstütze und ergänze in wichtigen Bereichen die Strategie der WB. Die Vertreter des Senior Managements äußerten darüber hinaus Interesse zur verstärkten Kooperation mit der deutschen EZ in der Zukunft.

2.2 ERNEUERBARE ENERGIEN

Das Thema **Erneuerbare Energien/Energieeffizienz** (EE) hat nach der Johannesburg-Konferenz, auf der Bundeskanzler Schröder die Themen „sustainable development“ und EE als zukunftsweisendes Thema auf die internationale Tagesordnung gebracht hat, einen besonderen Stellenwert in der deutschen EZ eingenommen und ist auch ein Schwerpunkt in der Zusammenarbeit mit der WB. Ziel ist es, die WB zu einem stärkeren Engagement in diesem Bereich veranlassen. So wie durch die Neugründung eines Infrastrukturdepartments (s. Kapitel 3.6) der stark rückläufige Trend im Bereich Infrastruktur, einschließlich Energie, umgekehrt werden soll, so ist es die erklärte Absicht der Bundesregierung und des deutschen Büros, den Anteil von EE-Maßnahmen am Gesamtenergieportfolio der WB maßgeblich anzuheben (z.Z. gehen rund 10% aller Kreditzusagen im Energiebereich in EE-Maßnahmen).

Die deutsche Seite - BMZ und GTZ - haben in Konsultation mit der Energieabteilung sowie der Regionalabteilung für Südasien der WB beschlossen, einen Energieexperten in die WB zu entsenden, der zwei Aufgaben wahrnehmen soll: einen intensiven Informationsaustausch im Bereich EE zwischen der deutschen Seite und der WB sicherzustellen und deutsches „Know-how“ in die Arbeit der WB einfließen zu lassen, sowie Kooperationsvorhaben anzustoßen. Auch wird über ein gemeinsames Projektdesign sowie die anschließende gemeinsame Implementierung nachgedacht, aber auch an gemeinsame Planungen und Durchführung von Konferenzen zu EE-Themen vor Ort, in Washington DC oder

Deutschland. Aus deutscher Sicht kommen insbesondere die Länder Indien, Bangladesch und Nepal in Frage, weil die deutsche EZ in diesen Ländern einen Energieschwerpunkt hat. Die WB zeigt sich der Entsendung eines deutschen Energieexperten („eines sogenannten „secondment“) offen gegenüber. Parallel zu der Ausgestaltung dieses Einsatzes wird das Thema intensiv im Direktorium der WB sowie im direkten Kontakt mit WB-Mitarbeitern auf der Arbeitsebene vorangebracht.

Am 10. und 11. Juli hat eine **Delegationsreise von BMZ, GTZ, KfW und InWent** unter Leitung von UAL Gördeler (BMZ) zur WB stattgefunden. Ziel der Reise war zum einen der Austausch von aktuellen Informationen zur Situation und den Programmen der WB bzw. der deutschen EZ in den Regionen Süd- und Ostasien sowie Europa und Zentralasien, zum anderen auch die Absprache von konkreten Schritten zu einer intensiveren Kooperation. Im Bereich Südasien spielte das Thema Energie und EE sowie die Ausgestaltung der Expertenentsendung eine wesentliche Rolle. Die Delegation hat eine Liste der Absprachen erstellt und mit der WB geteilt. Jetzt gilt es, diese im nächsten Jahr von beiden Seiten mit Leben zu erfüllen.

2.3 KERNARBEITSNORMEN

Die von der internationalen Arbeitskonferenz 1998 angenommene „ILO Declaration on Fundamental Principles and Rights at Work“ legt die sog. **Kernarbeitsnormen (KAN)** fest, zu denen die **Vereinigungsfreiheit** und Recht zu **Kollektivverhandlungen**, **Verbot der Zwangsarbeit**, Unterbindung der schlimmsten Form **der Kinderarbeit** und Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz gehören und die in insgesamt acht Konventionen kodifiziert sind. Die Ratifizierung und Umsetzung dieser Konventionen wurde im Rahmen der Nachfolgekonferenz zum Sozialgipfel „Kopenhagen+5“ als Selbstverpflichtung der Staaten vereinbart. Die Förderung der Einhaltung der KAN ist Bestandteil der Zielsetzung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, menschenwürdige Lebensverhältnisse in den Entwicklungsländern herzustellen und die Menschenrechte als Beitrag zur Armutsminderung zu fördern.

Die **Weltbank** erkennt die Bedeutung der vier KAN im Hinblick auf ihr Mandat der Armutsbekämpfung und Förderung der sozio-ökonomischen

Entwicklung an: die Einhaltung der KAN kann auch die wirtschaftliche Produktivität erhöhen. Seit IDA 12 enthalten die **Länderstrategien** der Bank (Country Assistance Strategy, CAS) eine Analyse des Arbeitsmarktes und der KAN. Die Länderallokation der IDA Mittel erfolgt zu einem großen Teil aufgrund einer aus 20 Kriterien bestehenden Bewertung (Country Performance and Institutional Assessment, CPIA), die auch die Einhaltung der KAN als positives Element wertet. Die Weltbank hat einen „Werkzeugkasten“ (Toolkit) entworfen, der die Analyse von KAN im Rahmen der Erstellung der Länderstrategien der Bank leiten soll. Bei IDA 13 ist zudem vereinbart worden, die **sozio-ökonomischen Wirkungen** aller größeren Reformvorhaben zu untersuchen. Diese Untersuchungen sollen sich auch auf Arbeitsmarktpolitik einschließlich KAN beziehen und Empfehlungen in den CPIA Prozess einspeisen. In der operativen Umsetzung konzentriert sich die Weltbank auf drei (Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Diskriminierung) der vier KAN. So wird in der „Operational Policy Gender and Development“ (OP 4.20), die auf der Gender Strategie der Bank fußt, explizit auf Anti-Diskriminierungsmaßnahmen hingewiesen. Die Bank unterstützt aktiv in Zusammenarbeit mit der Internationalen Labour Organization (ILO) und UNICEF den Kampf gegen Kinderarbeit. IFC und MIGA verlangen ihrerseits in ihren Vorhaben vom Investor die Einhaltung der Konventionen zur Kinder- und Zwangsarbeit. Hinsichtlich der Vereinigungsfreiheit und dem Recht zur Kollektivverhandlung hat sich die Bank aufgrund der politischen Dimension stets zurückhaltender gezeigt. Inzwischen sind hier jedoch einige Fortschritte erzielt worden. Auf Länderebene konsultiert die Weltbank mit **Gewerkschaften** im Rahmen des PRSP und CAS Prozesses und baut die Zusammenarbeit mit der ILO zunehmend aus. Sie erkennt damit zusehend in der Praxis die Bedeutung der gewerkschaftlichen Vereinigungsfreiheit an. Zwar unterstreicht die Weltbank weiterhin, dass kein zwingender Zusammenhang - weder positiv noch negativ - zwischen Vereinigungsfreiheit und ökonomischer Entwicklung erkennbar sei. In einem jüngsten Forschungsbericht (Aid/Tzannatos: Unions and Collective Bargaining, 2002) hat sie jedoch hervorgehoben, dass die Präsenz starker Gewerkschaften tendenziell die Ungleichheit der Einkommensverteilung reduziert. Ferner pflegt die Weltbank einen regelmäßigen Dialog mit den Gewerkschaften auf internationaler wie nationaler Ebene.

Die Bundesregierung ist weiterhin bestrebt, die **KAN in der Weltbank zu fördern**. Es geht dabei vor allem um (1) Stärkung des Politikdialogs

der Weltbank mit den Partnerländern, (2) Förderung eines politischen Konsens unter den Mitgliedern der Weltbank, dass die Einhaltung der KAN langfristig die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unterstützt, (3) Berücksichtigung der Fragen der Arbeitsmarktes und der Beschäftigungsförderung einschließlich der KAN in den Armutsstrategien der Länder und den Länderstrategien der Weltbank, sowie (4) Entsendung von Fachkräften zur Weltbank, um durch qualifizierte Thematisierung die Sensibilisierung von Weltbankmitarbeiter/innen zu unterstützen.

Ausdruck dieser Bemühungen war u.a. ein **High Level Meeting zwischen internationalen Gewerkschaftsvertretern** (International Confederation of Free Trade Unions, World Confederation of Labor) und der Weltbank im Oktober 2002 in Washington, das auch ein Gespräch mit Präsident Jim Wolfensohn beinhaltete und dem Ziel diente, den bestehenden Dialog auf politischer Ebene zu intensivieren. Die hohe Bedeutung, die die Bundesregierung dem Thema KAN beimisst, haben die Weltbank und die Gewerkschaften bewogen, den deutschen Exekutivdirektor zu bitten, den Vorsitz bei der ganztägigen Diskussionsveranstaltung zu übernehmen, an der auch der Vorsitzende des deutschen Gewerkschaftsbundes, Michael Sommer, teilnahm.

Um den Politikdialog in der Weltbank und in den Partnerländern zu fördern, der vom deutschen WB-Büro unterstützt wird, hat die Friedrich Ebert Stiftung gemeinsam mit der Weltbank und der ILO im Dezember 2002 einen **Workshop in Lusaka** (Sambia) organisiert, an dem 30 Gewerkschaftsvertreter aus acht afrikanischen Ländern² teilgenommen haben. Der Workshop diente insbesondere der stärkeren Einbeziehung der Gewerkschaften bei der Gestaltung des PRSP Prozesses und beschäftigte sich inhaltlich mit einer Vielzahl von Themen wie Makroökonomie, Privatisierung, Arbeitsmarktpolitik, Handel und HIV/AIDS.

Das deutsche WB-Büro hat sich in der Folge über das Steering Committee dafür eingesetzt, dass das Thema **KAN auf die Tagesordnung des Exekutivrates** der Weltbank gesetzt wurde, um den Stand der operativen Umsetzung der KAN in der Arbeit der Bank zu verfolgen, auf ein „Mainstreaming“ der Einhaltung der KAN in allen Bank Operationen

² Angola; Ghana, Malawi, Mosambik, Tansania, Uganda, Sambia und Zimbabwe

zu dringen, eine strategische Ausrichtung auf Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung, einschließlich KAN zur Armutsbekämpfung, zu unterstützen und die Beteiligung der Gewerkschaften im politischen Dialog sicherzustellen. Am 6. Mai 2003 hat daraufhin erstmalig eine Befassung des Exekutivrates mit dem Thema KAN stattgefunden.

Die Bundesregierung beabsichtigt die Weltbank bei ihren Anstrengungen weiter zu unterstützen und die Bank unter Einbeziehung der ILO bei der Entwicklung und Umsetzung einer **Strategie zur Beschäftigungsförderung einschließlich der Sicherstellung von KAN** stärker zu fördern.

2.4 MILLENNIUM DEVELOPMENT GOALS (MDGs) UND ERGEBNISMESSUNG

Die Frühjahrstagung von WB und IWF hat erneut die Bedeutung der Themen MDG- und Ergebnismessung bekräftigt. Im **Communiqué des Development Committee** der WB heisst es dazu:

“We welcomed the progress on developing a global monitoring framework to allow the Committee to regularly assess progress, as well as institutional partners, for the policies and actions for achieving the MDGs and related outcomes. We urged the Bank and the Fund to continue to work closely with partner agencies – UN, Regional Development Banks, OECD/DAC and WTO – using institutional mandates to guide the division of responsibilities for monitoring work. We called upon both multilateral agencies and bilateral donors to take the necessary steps to refine and harmonize their instruments of analysis and measurement. ... The urgency of the work on statistical capacity building, especially for those countries most at risk of not meeting the MDGs, was underlined. We looked forward to the next global monitoring report.”

Zur Frühjahrstagung hat die WB ein **Rahmenwerk zum globalen Monitoring der MDGs** mit dem Titel *„Achieving the MDGs and Related Outcomes: A Framework for Monitoring Policies and Actions“* vorgelegt. Dieses Rahmenwerk ist als ein erster Schritt zu sehen, das grundsätzlich darlegt, was ein globaler Monitoring-Bericht beinhalten

könnte. Zur anstehenden Jahrestagung im September in Dubai wird die WB den ersten Bericht dieser Art vorlegen, der sich auf Analysen in zahlreichen Länder mit unterschiedlichen Entwicklungsstadien und regionaler Zugehörigkeit stützt. Die Ergebnisse dieser Pilotländer werden entsprechend hochgerechnet, um globale Aussagen treffen und den finanziellen Bedarf zur Erreichung der MDGs detailliert quantifizieren zu können.

Das Rahmenwerk weist noch einmal explizit darauf hin, dass innerhalb des internationalen Systems das Monitoring der MDGs und der entsprechenden Indikatoren sowie der Fortschritt zu ihrer Erreichung von den Vereinten Nationen durch ein umfangreiches Forschungs- und Beratungsprogramm mit Unterstützung von anderen Institutionen, wie der WB und IWF, geleitet wird. Auf der Jahrestagung im letzten Jahr war dieser Punkt noch strittig gewesen.

Unstrittig ist, dass schnelleres ökonomisches Wachstum nicht ausreichend ist zur Erreichung der MDGs. Wachstum hat einen signifikanten Effekt und ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung. Die Konferenz in Monterrey, die der Auslöser zu einer verstärkten Ergebnis- und MDG-Orientierung war, hat die beiden Bereiche „governance“ und die Entwicklung von Kapazitäten in den Entwicklungsländern hervorgehoben. Dementsprechend wird der globale Monitoring Bericht besonders auf Politiken, Reformen und deren Ergebnisse eingehen. **Drei Bereiche** stehen dabei **in den Entwicklungsländern** im Vordergrund:

1. Umfassende Verbesserungen zur Schaffung eines den **Privatsektor fördernden Umfeldes** (enabling environment), darin einbezogen die Verbesserung von Regeln, des Justizwesens und des institutionellen Umfeldes allgemein.
2. **Reform des öffentlichen Sektors** (public sector governance) unter Einbezug der Bereiche öffentliches Ausgabenwesen (public expenditure) und Finanzmanagement, aber insbesondere die Schaffung von Transparenz, Verantwortlichkeiten (accountability) und Korruptionskontrolle.
3. Ausweitung der Bemühungen im Bereich **Humanentwicklung**, inklusive verstärkter öffentlicher Ausgaben für Bildung und Gesundheit sowie effektivere Dienstleistungen für die armen Bevölkerungsschichten.

Auf Seiten der **entwickelten Länder** führt das Rahmenwerk **zwei prioritäre Bereiche** an, in denen dringend Fortschritte notwendig sind:

1. Verstärkte **Markttöffnung**, um den Entwicklungsländern zu ermöglichen, die Früchte ihrer Reformen auch ernten zu können.
2. **Mehr und effektivere Hilfe**, da eine große Lücke zwischen den Ambitionen der internationalen Entwicklungsgemeinschaft und den tatsächlich zur Verfügung gestellten Mitteln klaffe.

Die **Internationalen Finanzinstitutionen** (IFIs) haben eine wichtige Aufgabe im Politikdialog sowie der Unterstützung nationaler Entwicklungs- und Armutsreduzierungsstrategien (insbesondere WB und Regionale Entwicklungsbanken). Der IWF hat zudem die mehr generelle Verantwortung, die Ländern bei der Implementierung fundierter makroökonomischer Politiken zu unterstützen und ein gut funktionierendes internationales Finanzsystem zu gewährleisten. Wichtig für die Glaubwürdigkeit von IWF und WB zur Umsetzung dieser Maßnahmen ist die verstärkte Effektivität der institutionellen Arbeit sowie weitreichende Transparenz. Der IWF ist beim Thema Erreichung der MDGs ein enger Partner der WB.

Schließlich geht das Rahmenwerk auf das fundamentale Problem der **Datenqualität** und der **Indikatorenbestimmung** ein. Es bestehen entscheidende Datenlücken – insbesondere in den Ländern, die voraussichtlich die MDGs nicht erreichen werden -, so dass ein zeitnahe Berichtsprozess, der auf ländereigenen Datenerhebungsprozessen (einschließlich regelmäßiger Haushaltsuntersuchungen) und internationalen Standards beruht, anzustreben ist. Dies muss verbunden werden mit Maßnahmen zur Kapazitätsstärkung der ländereigenen statistischen Systeme. Weiterhin weist das Rahmenwerk auf die Notwendigkeit hin, bereits vorhandene Datenquellen transparenter zu machen, was z.B. das WB-eigene CPIA-Verfahren (Country Policy and Institutional Assessment) betrifft. Im Bereich Monitoring von Handelspolitiken ist ein koordiniertes Vorgehen und die gemeinsame Nutzung der Daten von IWF, WB, UNCTAD und WTO erforderlich. Und letztlich besteht der Bedarf nach mehr Forschung, um z.B. Zusammenhänge von Investitionsklima und „governance“ oder die Wechselbeziehungen von makroökonomischen und strukturellen

Faktoren auf Wachstum und Armutsreduktion detailliert abbilden zu können.

Am 19. Juni 2003 hat die WB einen „**Inter-Agency Workshop on Global Monitoring of Policies and Actions for Achieving the MDGs and Related Outcomes**“ unter internationaler Beteiligung (z.B. UN, OECD/DAC, DFID, WTO, AfDB) ausgerichtet, um ein Forum zur Diskussion dieser umfangreichen Agenda zu schaffen, um die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Institutionen zu fördern.

Die **WB** nimmt das Thema Ergebnismessung und die Ausrichtung der gesamten Arbeit an Ergebnisse („results“) verstärkt in Angriff. Die Länderstrategien der WB, die sogenannten „Country Assistance Strategies“ (CASs), werden in Zukunft wesentlich stärker auf Ergebnisse ausgerichtet sein, mit klaren Indikatoren. Als einen ersten Schritt werden fünf Länderstrategien pilothaft mit diesem neuen Ansatz erstellt. Die CAS für Sri Lanka als erste dieser sogenannten „**results-based CASs**“ ist im April 2003 dem Direktorium vorgelegt worden. Die neu ausgerichtete Ergebnismatrix im Anhang der Strategie gibt bereits einen wesentlich ausführlicheren Überblick auf die zu erreichenden Ergebnisse, inklusive umfangreicher Indikatoren und Sub-Indikatoren. Generell gilt für alle CASs der WB, dass in einer Matrix der Bezug des jeweiligen Landes zu den MDGs unter der Fragestellung, wo das Land in Bezug auf die Erreichung der einzelnen MDGs steht, dargestellt werden muss. Die WB arbeitet auch an einem veränderten Anreizsystem, um die Ergebnisorientierung der Mitarbeiter zu stärken.

Ergänzend zu der oben beschriebenen globalen und sektorübergreifenden Betrachtungsweise hat die WB eine **Analyse** mit dem Titel „**Progress Report and Critical Next Steps in Scaling up: Education for All, Health, HIV/AIDS, Water and Sanitation**“ zur spezifischen länder- und sektorbezogenen Ebene angefertigt. In dieser Analyse wird deutlich, dass eine stärker an die Armen ausgerichtete Verteilung der Ausgaben, der Aufbau von Kapazitäten und ein höheres „governance“-Niveau, die Betrachtung von intersektoralen Beziehungen (z.B. der Stellenwert von Trink- und Abwasser sowie Erziehung auf die Gesundheitsziele mit Gender als Querschnittsthema) und verstärkt Öffentlich-Private-Partnerschaften unter Einbezug der Zivilgesellschaft erforderlich sind. Die Analyse kommt zu der eindeutigen Aussage, dass viele der

ärmsten Länder die MDGs nicht erreichen werden, es sei denn, alle Entwicklungspartner unternehmen weitaus stärkere Anstrengungen als bisher und ohne zeitliche Verzögerung. Konkret wird diese Aussage mit den **Fakten** unterlegt, dass

- das „**Grundbildung-für-alle**“ Ziel („Education for All“) wahrscheinlich dasjenige ist, was noch am ehesten zu erreichen sein wird;
- das Ziel zur Aufhebung der **Geschlechterunterschiede** in der Primär- und Sekundärerziehung bis 2005 nicht erreicht werden wird;
- die Region Afrika südlich der Sahara die Reduktion der Unter-5-Jahre-**Sterblichkeitsrate** um zwei Drittel unter Fortschreibung der gegenwärtigen Trends erst in 100 Jahren erreichen wird;
- die Sterblichkeitsrate der **Mütter** auf konstant hohem Niveau in den letzten zwei Jahrzehnten verblieben ist;
- die Anzahl der Menschen mit Zugang zu **Trinkwasser** um 270.000 Menschen pro Tag und die Anzahl der Menschen mit Zugang zu **Sanitäranlagen** um über 370.000 Menschen steigen muss, um das entsprechende MDG zu erreichen;
- solange die Umkehrung der Infektionsrate von **HIV/AIDS** nicht erreicht wird, **alle MDGs** nicht zu erzielen sind. Gegenwärtige Projektionen sprechen von zusätzlich 45 Mio. Infizierten zwischen 2002 und 2010, solange keine drastische globale Präventionskampagne gestartet wird. In vielen Staaten des südlichen Afrikas hat AIDS bereits die Lebenserwartung von 60 auf unter 40 Jahre gesenkt und damit die Entwicklungsfortschritte der letzten 20 Jahre zunichte gemacht.

2.5 DIE WELTBANK UND DER WIEDERAUFBAU DES IRAK

Die Diskussion um den ohne VN Mandat geführten Krieg der USA und ihrer Verbündeter gegen den Irak dominierte für Wochen die Presseberichte sowohl in den USA als auch in Europa. Die **transatlantischen Differenzen** in dieser Frage schienen sogar geeignet, das seit Jahrzehnten intensive und freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und USA zu belasten. Um so eher war es nach

dem Ende der hauptsächlichen Kampfhandlungen entscheidend, erneut einen Konsens der internationalen Gemeinschaft herzustellen und die VN mit ihren Unterorganisationen wieder zum entscheidenden Akteur werden zu lassen. Aufgrund ihrer Erfahrung in vergleichbaren Fällen wie Afghanistan, Ost Timor usw., ist die WB besonders geeignet, die Anstrengungen der internationalen Gebergemeinschaft zu bündeln und zu koordinieren. Diese Position haben wir gemeinsam mit anderen europäischen Staaten in den zahlreichen Gesprächen und Direktoriumsdiskussionen vertreten.

Der Irak gehört zu den **Gründungsmitgliedern** der WB. Der letzte Kredit wurde im Jahr 1973 genehmigt. Aufgrund seines hohen Durchschnittseinkommens galt der Irak seit dem nicht mehr als Entwicklungsland. Über die aktuellen wirtschaftlichen Daten der letzten Jahre, insbesondere der Zeit nach dem VN Embargo, gab es kaum öffentlich zugängliche Informationen. Die **Zahlungsrückstände** gegenüber der WB belaufen sich auf US \$ 82 Mio.

Mit der im Mai verabschiedeten **VN Sicherheitsratsresolution 1483** wurde ein großer Teil der **Nachkriegsordnung** für den Irak bereits festgelegt. So wurde ein Entwicklungsfonds bei der irakischen Zentralbank eingerichtet (*Development Fund for Iraq* - DFI), der in erster Linie aus den Erlösen des Ölexportes gespeist werden soll. Vor der Machtübernahme durch eine anerkannte irakische Regierung soll die Entscheidungsbefugnis über die Verwendung der Mittel laut Resolution bei der Besatzungsmacht (*Coalition Provisional Authority* - CPA) liegen. Die WB wurde ebenso wie der IWF, die VN und der Arab Fund als Mitglieder im *International Monitoring and Advisory Board* (IAMB) benannt, der die Funktion eines unabhängigen externen Prüfers übernimmt.

Zusätzlich zu ihrer formalen Funktion als Mitglied im IAMB wurde die WB aufgrund ihrer umfangreichen Erfahrung in Post Konflikt Ländern auch von der CPA schnell als kompetenter Partner bei der Diskussion um notwendige Reformen, die Privatisierung der Staatsbetriebe, dem Finanzierungsbedarf im Bereich Infrastruktur usw. anerkannt. Gemeinsam mit anderen VN Organisationen wurde sie beauftragt, eine Bewertung des notwendigen **Finanzierungsbedarfs für das Jahr 2004** vorzunehmen (*needs assessment*). Im Rahmen eines ersten

Planungstreffens in New York am 24. Juni unter Beteiligung von WB, VN und über 50 bilateralen Ländervertretern wurden 14 Sektoren identifiziert, von denen die WB 6 Sektoren federführend übernommen hat (Education, Economic Management, State Owned Enterprises, Financial Sector, Transport and Communication, Housing). Auch an den anderen Missionen ist die WB teilweise mit Fachexperten beteiligt.

Bevor im Juni 2003 die ersten Missionen in den Irak reisten, hat das Irak Team der WB die Zeit genutzt, alle verfügbaren Informationen über den Irak auszuwerten und insbesondere weltweit Experten gesucht, die über aktuelle Erfahrungen im Irak verfügen. In diesem Zusammenhang wurde auch der Deutsch-Iraker Yousif Toma für die Mission zur Bewertung des Wassersektors engagiert. Während der Mission im August 2003 fand der **Bombenanschlag** auf das **UN Gebäude** in Bagdad statt, bei dem Herr Toma verletzt wurde und eine lokale WB Mitarbeiterin ums Leben kam. Aufgrund des guten Krisenmanagements sowohl des BMZ als auch von WB und VN, konnte Herr Toma sowie alle anderen WB Mitarbeiter, die sich zu diesem Zeitpunkt im Irak aufhielten, innerhalb eines Tages in ihre Heimatländer ausgeflogen werden.

Ende Juli besuchte auch WB - Präsident **Wolfensohn** für einen Tag die irakische Hauptstadt Bagdad, um sowohl mit dem VN Sonderbeauftragten Sergio de Mello als auch mit dem Leiter der CPA Paul Bremer, Gespräche zu führen.

Alle notwendigen Missionen für das *needs assessment* werden wie vorgesehen, abgeschlossen. Auf der Grundlage des Mitte September erscheinenden Berichts ist für Oktober eine **Geberkonferenz** in Spanien geplant. Bereits jetzt wurde deutlich, dass die Einnahmen aus den Ölverkäufen bei weitem nicht ausreichen werden, um den unmittelbaren Bedarf an Erneuerung und Wiederaufbau der irakischen Infrastruktur zu decken. Die Bereitschaft der anderen Geber, die notwendigen Mittel aufzubringen, wird jedoch auch stark davon beeinflusst, inwieweit die Besatzungsmächte tatsächlich einer Internationalisierung zustimmen, die nicht nur die Kosten des Wiederaufbaus internationalisiert, sondern auch ein politisches Mitspracherecht beinhaltet.

3. SONSTIGE WICHTIGE THEMEN

3.1 GOVERNANCE – PROBLEME DER WELTBANK

Während die Weltbank dazu beiträgt, den Stellenwert der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit zu stärken, weist sie auf Defizite der Anteilseigner und der internationalen Gemeinschaft hin. Es sind nicht alleine die mangelnde politische Kohärenz und die schwachen politischen Rahmenbedingungen, die die OECD-Länder und die Entwicklungsländer für eine wirksamere Entwicklungspolitik zu verantworten haben, sondern es ist auch nicht zu verkennen, dass es in der Weltbank auch selber Governanceprobleme gibt. Dies beklagten bereits bei der Frühjahrstagung 2002 Weltbankpräsident Wolfensohn und der Vorsitzende des Development Committee, der südafrikanische Finanzminister Trevor Manuel.

Deren Analyse zu den **Governance-Defiziten** lauten in den Kernpunkten:

- die Vertretungsstruktur des Exekutivrats (Boards) sei ineffizient;
- die Positionen der Exekutivdirektoren spiegeln nicht immer die Positionen der vertretenen Regierungen wieder;
- die Regierungen selbst seien nicht „nahe genug“ an den globalen Entwicklungsproblemen und verstünden nicht hinreichend die Funktion und die Defizite der multilateralen Entwicklungssysteme;
- es gebe zu wenig Kohärenz in den Entscheidungen der Regierungen in WB, IMF und den regionalen Entwicklungsbanken;
- die Amtszeit der Exekutivdirektoren sei zu kurz, um die WB in ihrer Organisation und ihren Abläufen zu verstehen;
- der Board sei ineffizient und in vielen Fällen eher eine Belastung als ein wirksames Steuerungsorgan für die Bankgeschäfte;
- es stelle sich grundsätzlich die Frage, ob ein Exekutivrat in dieser Form (Resident Board) überhaupt erforderlich sei oder ob nicht über eine grundsätzliche Veränderung der Vertretungen der Länder in der WB, also der Governance-Struktur, nachgedacht werden müsse.

Diese Ideen wurden nicht weiter verfolgt, da es bereits bei Vorüberlegungen unüberwindliche Schwierigkeiten gab, welcher Anteilseigner/welches Land einer vorbereitenden Arbeitsgruppe angehören sollte. Das Exekutivdirektorium fasste darauf hin den Beschluss, sich selber mit solchen Governance-Problemen zu befassen, die in seinen Kompetenzbereichen liegen und die keinen Beschluss des Development Committees erfordern. Hierzu wurden die Aufgabenbereiche des Committee on Development and Administrative Matters (CODAM) erweitert und es heißt seitdem Committee on Governance and Administrative Matters (COGAM). **Der deutsche Exekutivdirektor ist Mitglied von COGAM** (die Mitglied im Personalaussch wurde aufgegeben). Deutschland hat seit September 2003 den Vorsitz inne.

Der **Aufgabenkatalog** für das Berichtsjahr umfasste u.a. folgende Themen:

- Verbesserung der Boardfunktionen und –verfahren
- Erarbeitung von Vorschlägen für die Amtsdauer von Exekutivdirektoren
- Erarbeitung von Vorschlägen für eine Stärkung der Entwicklungsländer in den Bretton Woods Institutionen
- Erarbeitung operativer Vorschläge für eine bessere Koordinierung, Kohärenz und Kooperation mit anderen multilateralen Entwicklungsbanken und dem VN-System
- Funktionen der Board Committees: Erarbeitung von Kriterien für die Mitgliedschaft
- Erarbeitung inhaltlicher Vorschläge für die Gestaltung der Gruppenreisen von Exekutivdirektoren in Partnerländer
- Verfahren für die Selbstevaluierung und Effektivität der Baordtätigkeiten
- Verfahren der Auswahl und Nominierung von Spitzenpersonal im Bankmanagement mit besonderer Relevanz für den Board

Im Berichtsjahr hat sich das deutsche Weltbankbüro insb. zu den Themen „Stärkung der Entwicklungsländer in den Bretton Woods Institutionen“ und Verbesserung der Boardverfahren engagiert und eine Reihe von Vorschlägen zu diesen Themen eingebracht.

3.2 WELTENTWICKLUNGSBERICHT 2004

Der Weltentwicklungsbericht (WDR) für das Jahr 2004 mit dem Titel „Making Services Work for Poor People“ ist ein äußerst ehrgeiziges Unterfangen. Der Bericht untersucht das komplexe und für die Entwicklungsländer wie für die Entwicklungszusammenarbeit hinsichtlich der Erreichung der Millennium Development Goals (MDG) bedeutsame Thema der **sozialen Dienstleistungen**. Untersucht wird, inwiefern soziale Dienstleistungen **den Armen zugute kommen** und welche Reformen die **Effektivität** der sozialen Dienstleistungen verbessert werden können. Eine Fülle von empirischen Studien zu verschiedenen Dienstleistungssektoren (Grundbildung, Gesundheit, Trinkwasser, Abwässerentsorgung, Elektrizität), einzelnen Dienstleistungsprojekten und –programmen in vielen Entwicklungsländern sowie eine große Anzahl von Fallbeispielen illustrieren die generellen Aussagen des Berichts. Er zieht ebenso Schlussfolgerungen für die Rolle der Geber bei der Verbesserung der Effektivität der sozialen Dienstleistungen und die verbesserte Inanspruchnahme sozialer Dienstleistungen durch die armen Bevölkerungsgruppen.

Der Weltentwicklungsbericht geht von der Feststellung aus, dass die MDGs **nicht mit wirtschaftlichen Wachstum allein** erreicht werden können. Bei einer – nicht sehr wahrscheinlichen - Verdoppelung des Wirtschaftswachstums könne Afrika das Ziel der Halbierung der Einkommensarmut erreichen, aber nicht die qualitativen Ziele im Bereich Gesundheit und Bildung. Damit alle Entwicklungsländer sie erreichen können, müsste nicht nur der Ressourcentransfer erheblich gesteigert werden, sondern **Politikreformen** und **institutionelle Reformen** dazu beitragen, die Produktivität der nationalen wie der ausländischen Ressourcen zu steigern. Der Bericht konzentriert sich auf die Analyse der notwendigen Reformen und enthält das Grundgerüst derartiger Reformen sowie deren Wirkungen anhand vieler Fallbeispiele für Erfolge wie Misserfolge.

Der Bericht konstatiert, dass die **Privatisierung** von Dienstleistungen keinesfalls für jeden Sektor und jedes Land die Lösung sein kann, die zu einer Steigerung der Effektivität führt. Im Gegenteil, dem **Staat** wird eine Schlüsselrolle zugewiesen und eingeräumt, dass die

Armen durch Privatisierungen von Dienstleistungen in der Regel zunächst benachteiligt sind, da ihnen die Kaufkraft fehlt, um die Dienstleister zu einem ihren spezifischen Bedürfnissen entgegenkommenden Dienstleistungsangebot zu motivieren. Kein Land habe laut des Berichts eine signifikante Verbesserung z.B. bei der Kindersterblichkeit und der Primareinschulung ohne staatliches Engagement erzielt.

Das theoretische Kernelement des Berichts ist, die Beziehungen zwischen Kunden von Dienstleistungen, Anbietern und Politikern zu analysieren und die Dienstleistungskette aufzubrechen, um die unterschiedlichen Verantwortlichkeitsbeziehungen im **Dreieck der Akteure – Kunden, Dienstleister und Staat** – offen zu legen und Verbesserungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Vier Verantwortlichkeitsbeziehungen werden in diesem Dreieck identifiziert: zwischen Politikern und Bürgern, Dienstleistungsorganisationen und dem Staat, Dienstleistungspersonal und Dienstleistungsorganisation sowie Dienstleistungsanbieter und Kunden. Ausgehend von der Feststellung, dass es keine für alle Fälle und Länder einfache Lösung des Problems der Verbesserung der Effektivität der sozialen Dienstleistungen für Arme geben kann, unterteilt er die Dienstleistungen in acht Gruppen, die sich durch einen Fragenkatalog ergeben: Sind die Dienstleistungen einfach zu überwachen oder nicht? Sind die Kunden eine homogene oder heterogene Gruppe? Verfolgt das Land armutsorientierte Politiken? Entsprechend der Beantwortung der Fragen kommt der Bericht zu Empfehlungen über die Art und Weise der Bereitstellung der verschiedenen Dienstleistungen und für die Möglichkeiten zur Effektivitätssteigerung (z.B. zentralisiertes oder dezentralisiertes staatliches Dienstleistungsangebot, effektive Übertragung der Aufgaben auf Dienstleistungsorganisationen, Stärkung der Kundenmacht insbesondere der Stimme der Armen).

Nach Anwendung des methodischen Rasters auf die verschiedenen Dienstleistungssektoren stellt der Bericht abschließend die Frage nach dem Weg, den die Entwicklungsländer selbst und mit ihnen die Geber einschlagen sollten, um zu einer besseren Versorgung der Armen mit Dienstleistungen und damit zu einer Erreichung der entsprechenden Millenniumsziele zu kommen. Es wird betont, dass eine **einfache Erhöhung von Budgetmitteln**, sei es im Rahmen der ODA oder in den Haushalten der Länder selbst, wegen des losen Zusammenhangs zwischen Ausgaben und den sog. „outcomes“ **nicht ausreiche**. Arme

werden durch die staatlichen Sozialausgaben kaum erreicht. Dies wird sich nur dann ändern, wenn arme Bevölkerungsgruppen in die Lage versetzt werden, als Kunden von Leistungen die Lieferanten zur Rechenschaft zu ziehen. Die **Regierungen** müssen auf **drei Wegen** schrittweise vorankommen, um die Dienstleistungen für Arme zu verbessern: eine mittelfristige Haushaltsplanung mit armutsorientierter Prioritätensetzung für die öffentlichen Budgets, Dezentralisierung mit der Zentralregierung als Regulator und Fazilitator und vorsichtige sowie schrittweise Reform der öffentlichen Verwaltung. Die **Geber** hingegen sollten sich unter Beachtung der strukturellen Schwierigkeiten und der höchst vielfältigen historischen Entwicklungen institutioneller Arrangements darauf konzentrieren, die einzelnen **Glieder in der Dienstleistungskette zu stärken**, indem sie an ihnen vorbei Dienstleistungen direkt an Arme herantragen, um schnelle und der Öffentlichkeit vorzeigbare Erfolge zu erzielen.

Angesichts der Erkenntnis, dass es kein Patentrezept zur Verbesserung des Angebots sozialer Dienstleistungen gibt, wird dafür plädiert, die Evaluierungen der gebergestützten Programme wie öffentliche Güter zu behandeln und sie finanziell ausreichend auszustatten und öffentlich verfügbar zu machen, um das weltweite Lernen in Sachen Dienstleistungen für die Armen zu fördern.

Insgesamt zeichnet den Weltentwicklungsbericht aus, dass er klarstellt, dass bisherige Ansätze - mehr Wirtschaftswachstum, mehr staatliche Sozialausgaben und technokratische Lösungen – zu kurz greifen und die staatspolitischen Probleme offen anspricht. Die **Lösung** kann daher nur in politischen und institutionellen Reformen liegen, welche die Kontroll- und Anreizmechanismen für Staat und politische Akteure sowie öffentliche Leistungserbringer fundamental verändern.

3.3 FORTSCHRITTE BEI DER UMSETZUNG DER HIPC INITIATIVE

Bis zum Juni 2003 haben **27 Länder** (2002: 26, 2001: 23) im Rahmen der erweiterten Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC-Initiative) den sog. **Decision Point erreicht** und erhalten nunmehr Schuldendiensterleichterungen, die im gesamten Zeitablauf ca. US\$ 51 Milliarden

betragen. Die Entlastung erhöht sich noch durch von den meisten bilateralen Gläubigern geplanten Zusatzmaßnahmen.

Bei den verbleibenden 11 Staaten, bei denen die Bedingungen für einen Schuldenerlass noch nicht erfüllt sind, handelt es sich im Wesentlichen um Konfliktländer und Länder mit schweren Governance-Problemen.

Die erwarteten Auswirkungen der Entschuldung auf diverse Verschuldungsindikatoren der 26 Entschuldungsländer, ohne Berücksichtigung der DR Kongo, die zuletzt ihren Decision point erreicht hat, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Einschließlich der bilateralen Schuldenerlasse des Pariser Clubs wird sich der **Schuldenstand** insgesamt **um ca. zwei Drittel reduzieren**.

- Der Schuldenstand im Verhältnis zum BIP fällt von 56% auf 24%.
- Der laufende jährliche Schuldendienst dürfte nach der Entschuldung, von bezahlten rund 15 % der Exporte in den Jahren vor der Umsetzung, auf rd. 8,5 % danach fallen.
- Nach Umsetzung der Entschuldung fällt der **Schuldendienst** im Verhältnis zu den Staatseinnahmen von rund 23% auf voraussichtlich 13%.
- Die prognostizierten **Sozialausgaben** steigen von US \$ 5,8 Mrd. 1999 auf knapp US \$ 9,1 Mrd. im Jahresdurchschnitt 2001 - 2005 oder von ca. 6% des BIP auf 9% des BIP. Gleichzeitig sinken die Schuldendienstzahlungen p.a. von ca. US \$ 3,3Mrd auf rund US \$ 2,2 Mrd. Im Ergebnis wären die Sozialausgaben damit mehr als viermal so hoch wie die Schuldendienstausgaben.

Nach der Teilentlastung der Länder wird - nach Erfüllung der vereinbarten Reformmaßnahmen seitens der Schuldnerländer - der vereinbarte Schuldenerlass abschließend vollzogen. Den sog. „**Completion Point**“, erreichten bisher acht **Länder** (Uganda, Bolivien, Mosambik, Tansania, Burkina Faso, Mauretanien, Mali und Benin). Das Gesamtentschuldungsvolumen der HIPC-Initiative wird - ohne die Länder Sudan, Somalia und Liberia - auf über US\$ 70 Milliarden geschätzt.

Wir haben uns insbesondere dafür eingesetzt, dass WB und IMF

alle Möglichkeiten nutzen, die Implementierung der Initiative zu beschleunigen, ohne dabei Qualitätskriterien, wie zum Beispiel gute Regierungsführung, „aufzuweichen“.

3.4 IDA 13 WIEDERAUFFÜLLUNGSVERHANDLUNGEN

Die Verhandlungen zur 13. Wiederauffüllung des „weichen“ Kreditfensters der Bank (IDA13) wurden im Juli 2002 in London abgeschlossen. Mit 10,02 Mrd. Sonderziehungsrechten (SZR) – umgerechnet rd. US\$ 12,8 Mrd. - liegt die Wiederauffüllung um 16% über dem Niveau der 12. Auffüllung. Zusammen mit internen IDA-Mitteln aus Rückflüssen und Übertragungen von Gewinnen der International Bank for Reconstruction and Development (IBRD) ermöglicht dies einen Finanzierungsrahmen von 18 Mrd. SZR (rd. US\$ 23 Mrd.) für den Zeitraum der Finanzjahre 2003 bis 2005.

Das übergeordnete Ziel der Armutsbekämpfung ist programmatisch umgesetzt. Die inhaltliche Ausrichtung auf **ländereigene Strategien** (PRSP) – vor dem Hintergrund der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen - betont gleichfalls die partnerschaftliche und transparente Zusammenarbeit.

Durch eine erweiterte Zuschussvergabe soll die „Verwundbarkeit“ der ärmsten Länder nicht weiter durch externe Verschuldung erhöht werden. Das Gesamt-Zuschussvolumen bei IDA 13 beträgt bis zu 21%. Bei der Bemessung der Zuschussgröße werden neben der Verwundbarkeit bei externer Verschuldung, Nach-Konflikt-Situationen sowie die Themen HIV/AIDS und Naturkatastrophen berücksichtigt.

Die Beschlüsse zur stärkeren Ergebnisorientierung für IDA 13 sehen vor, dass

- für künftige Wiederauffüllungsverhandlungen realistischere Annahmen getroffen werden, die in eine langfristige Perspektive eingebunden sind.
- Eine weitergehende Einbeziehung der Ausleiheländer in die Aktivitäten von IDA erfolgt sowie deren Einstufung durch die WB

transparenter gestaltet wird.

- Die Leistungen sich an überprüfbareren Entwicklungswirkungen auf Länderebene messen lassen. Dazu wurde im Frühjahr 2003 das IDA13 Interim Result-Measurement System mit überprüfbareren länderspezifischen Outcome Indikatoren vorgestellt. Für Frühjahr 2004 ist eine Evaluierung dieses Systems vereinbart. Wesentliches Anliegen unsererseits ist es, ein System zu entwickeln, dass die Relevanz der IDA-Aktivitäten im Partnerland misst.
- Die anerkannt wichtige Rolle von IDA auf strategischer Ebene durch eine Ausweitung der analytischen Arbeiten gestärkt wird.

Für die im November 2003 anstehende Revision der IDA-Politiken und Operationen sind hierzu konkrete Vorschläge erarbeitet worden.

3.5 BEITRAG DER WELTBANK ZUR HIV/AIDS BEKÄMPFUNG

Für die WB stellt die Bekämpfung von **HIV/AIDS** einen **zentralen Schwerpunkt** ihrer Arbeit dar. Die gegenwärtigen Zusagen belaufen sich auf über US \$1,3 Mrd., mit einem Anteil von über US \$ 612 Mio. für Subsahara Afrika. Damit ist die Bank innerhalb des VN-Systems der größte Financier. Darüber hinaus wurde im Rahmen von **IDA13** die Möglichkeit geschaffen, für HIV-Projekte nicht **rückzahlbare Zuschüsse** zu vergeben. Dies hat mit dazu beigetragen, dass sich die IDA-Mittel im Kampf gegen HIV/AIDS verzehnfachten.

In der internationalen Gemeinschaft besteht ein Konsens darüber, dass die erfolgreiche Bekämpfung von HIV/AIDS einen **multisektoralen Ansatz** erfordert. Folgerichtig hat die WB ihre Strategie daran ausgerichtet und verfolgt einen multisektoralen und länderübergreifenden Ansatz. HIV/AIDS-Aktivitäten sind flächendeckend in allen sinnvollen und angemessenen Bereichen der WB umgesetzt („**mainstreaming**“). Länderstrategien, Kreditvergabe und Armutsstrategien (PRSPs) gehen regelmäßig auch auf die HIV/AIDS-Herausforderungen ein und geben Antworten für jeden Sektor. Intensive Konsultationen wurden mit Regierungen, UNAIDS, der „International Partnership Against HIV/AIDS“ in Afrika, NROs, anderen multi- und bilateralen Gebern, Stiftungen,

dem Privatsektor sowie mit von HIV/AIDS betroffenen Personen durchgeführt.

Mit **MAP** (Multi-Country HIV/AIDS Program) trägt die WB den umfassenden finanziellen Erfordernissen, der notwendigen stärkeren Betonung der Implementierung sowie der direkten Einbeziehung von Kommunen Rechnung, die eine entschlossene Bekämpfung von HIV/AIDS erforderlich machen. Allgemeine Entwicklungsprobleme, die sich durch unzureichende staatliche Aufgabenwahrnehmung ausprägen, verdeutlichen die Notwendigkeit dieses multisektoralen Ansatzes. Daher ist die Betonung der WB auf Aktivitäten zum Aufbau von angemessenen staatlichen Strukturen konsequent. „Capacity building“ wird einerseits durch direkte Förderung von staatlichen Institutionen, aber auch andererseits durch die Einbeziehung der Zivilgesellschaft erreicht. Etwa 50% der Mittel von MAP (über US \$1 Mrd. für Projekte in Afrika) werden direkt an nichtstaatliche Institutionen vergeben.

Die WB betont, dass die **Eigenverantwortung der Partnerländer** nicht geschwächt, sondern gestärkt werden muss und sieht daher nationale HIV/AIDS-Strategien als Bezugsrahmen für ihre Aktivitäten an. Die Bank hat daher die Partnerländer bei der Formulierung von nationalen HIV/AIDS Programmen und der Einrichtung Nationaler HIV/AIDS Räte, die alle relevanten nationalen Kräfte einbezieht (public and private sector and civil society) unterstützt. Allerdings haben die bereits beschriebenen schwachen Implementierungsstrukturen dazu geführt, dass die Erfolge aufgrund von „Abflussproblemen“ hinter den prognostizierten Erwartungen zurückblieben.

3.6 DER „NEUE“ SCHWERPUNKT INFRASTRUKTUR

Die **Finanzierungen** der WB Gruppe im Bereich Infrastruktur (einschließlich Wasser) sind seit Anfang der 90er Jahre um etwa **50% zurückgegangen**. Dabei ist der größte Einbruch in den fortgeschritteneren IBRD Ländern zu verzeichnen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Zum einen spielt die strategische Ausrichtung der WB Gruppe eine Rolle, die sich seit einigen Jahren stärker auf **privatwirtschaftliche Beteiligung** an Infrastrukturprojekten und die **Beratung** bei der

Leistungserbringung sowie Wartung und Unterhaltung der Anlagen konzentriert. Darüber hinaus wirkten **interne Anreizstrukturen** zulasten des Infrastrukturportfolios. Insbesondere große Infrastrukturvorhaben gelten als risikoreich, die Vorbereitungskosten sind deutlich höher als in anderen Bereichen und die Kritik der Öffentlichkeit und der NGOs entzündet sich häufig gerade an diesen von der WB als *high reward/high risk* Vorhaben titulierten Projekten.

Obwohl die strategische Ausrichtung der WB weiterhin als sinnvoll angesehen wird, wurde im Direktorium in den letzten Monaten mehrfach gefordert, dass die WB wieder stärker im Infrastrukturbereich tätig werden solle. Dies wurde auch deswegen als notwendig angesehen, da der **Privatsektor** die an ihn gestellten **Erwartungen** hinsichtlich der Infrastrukturbereitstellung in Entwicklungsländern **nicht erfüllt** hat und somit zu erwarten ist, dass die Leistungsbereitstellung auf längere Sicht überwiegend in staatlicher Hand bleiben wird. Gleichzeitig hat der bei allen Gebern stärkere Fokus auf „weiche“ Sektoren wie Bildung und Gesundheit dazu geführt, dass der wichtige **Beitrag der Infrastruktur zur Armutsbekämpfung** und Erreichung der MDGs in der internationalen Diskussion vernachlässigt wurde.

Auch **wir haben uns für die Stärkung des Infrastrukturportfolios ausgesprochen**. Wir sehen auch gerade bei komplexen und umfangreichen Infrastrukturmassnahmen einen komparativen Vorteil für die WB Gruppe, die durch ihre weitreichenden Umwelt- und Sozialstandards (**Safeguards**) und ihre große Erfahrung bspw. mit Konsultationsprozessen einen wichtigen Beitrag zur sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit dieser Vorhaben leisten kann. Darüber hinaus bestehen im Infrastrukturbereich umfangreiche Möglichkeiten zur Kooperation und Ko-finanzierung mit der deutschen bilateralen EZ.

Entsprechend des breiten Konsenses im Direktorium, hat die WB damit begonnen, **Voraussetzungen für die Ausweitung des Infrastrukturportfolios** zu schaffen. Um die Bedeutung des Bereiches zu unterstreichen wurde eine **neue Abteilung** (Vice Presidency Unit) Infrastruktur gegründet. Eine der ersten Aufgaben dieser neuen Abteilung war die Erstellung eines **Aktionsplanes** zur Ausweitung des Infrastrukturportfolios für die gesamte Weltbankgruppe. Dieser wurde Anfang Juli dem Direktorium vorgelegt und ausführlich diskutiert.

Im Zentrum des Aktionsplanes steht die bessere **Bedienung der Nachfrage** nach Infrastrukturvorhaben **in den Partnerländern**. Es wurden einige mögliche Infrastrukturvorhaben identifiziert, die zusätzlich zu den bereits beschlossenen Länderprogrammen vorbereitet werden sollen. Die länderbezogene Analyse und Beratungstätigkeit der WB wurde um sogenannte **REDIs** (*Recent Economic Developments in Infrastructure*) ausgeweitet. Dabei handelt es sich um ein standardisiertes Analyseinstrument, das künftig routinemäßig auf Länderebene erstellt werden soll. Desweiteren sollen die bereits fallweise realisierten Möglichkeiten zur **Finanzierung** von Einheiten **unterhalb des Zentralstaates** (*sub-sovereign level*) weiter ausgebaut und in Übereinstimmung mit den Ergebnissen des Camdessus Panels innovative Finanzierungsmodelle entwickelt werden.

Neben diesen eher nach aussen gerichteten Neuerungen sind zusätzlich **interne Veränderungen** notwendig, um die Anreize zur Durchführung risikoreicher Vorhaben zu erhöhen. Diese werden unter dem Schlagwort **corporate projects** diskutiert. Hierunter versteht man komplexe Infrastrukturvorhaben (*high reward/high risk*), die vom oberen Management als eine besondere Gruppe von Vorhaben anerkannt ist und deren aktive Übernahme durch WB Personal gefördert wird. Die höheren Vorbereitungskosten werden nicht dem Abteilungsbudget angelastet, sondern durch einen eigens hierfür geschaffenen bankweiten Fonds abgedeckt.

Das Direktorium wird regelmäßig über den Stand der Umsetzung des Aktionsplanes informiert. Aufgrund der relativ langen Vorbereitungszeit derartiger Projekte ist jedoch erst im **Fiskaljahr 2005** mit der Umsetzung der ersten zusätzlichen Infrastrukturvorhaben zu rechnen.

3.7 UMWELT- UND SOZIALSTANDARDS

Die Weltbank hat zur Vermeidung von schädlichen Auswirkungen von WB Maßnahmen auf die betroffenen Bevölkerungsgruppen oder die Umwelt bzw. zur Sicherstellung angemessener Ausgleichsmaßnahmen international anerkannte hohe Standards (Safeguards) entwickelt.

Bisher hat die Weltbank **Safeguards** für folgende Bereiche: Umwelt, Wald, Pflanzenschutz, natürliche Lebensräume (Natural Habitats), Umsiedlung, indigene Völker, Sicherheit von Dämmen, kulturelles Eigentum, internationale Wasserwege und umstrittene Gebiete. IFC und MIGA verfügen über ein eigenes Safeguards-System, das vergleichbar ist mit dem der Weltbank, jedoch Modifizierungen enthält, die dem Focus auf den Privatsektor Rechnung tragen.

Das von der Weltbank 1993 geschaffene „Inspection Panel“ dient als unabhängiges Gremium der **Überwachung** der Einhaltung der WB-Politiken einschließlich der Safeguards. Innerhalb der Bank sorgt die „Quality –Assurance Group, QAG“ für die Überwachung der Einhaltung der Safeguards und berichtet darüber. Das „Operations Evaluation Department, OED“ evaluiert die Performance der Nehmerländer bei der Umsetzung der WB Vorhaben sowie den Beitrag der Bank zur Entwicklung dieser Länder und spricht Empfehlungen auch hinsichtlich des Safeguards-Verfahrens aus. Für IFC und MIGA hat das unabhängige „Office of the Compliance Advisor/Ombudsman“ (CAO) die Umsetzung und Wirkung der Safeguards überprüft und im Januar 2003 seinen Bericht vorgelegt. IFC und ebenso MIGA werden im Lichte der Empfehlungen des Berichts ihre Safeguard-Politik überprüfen und Empfehlungen über die Weiterentwicklung des Safeguard Rahmenwerkes an den jeweiligen Exekutivrat leiten.

Die WB überarbeitet derzeit die als interne Steuerungsinstrumente dienenden **Kreditvergaberichtlinien**. Ziel dieses Vorhabens ist - auch die von der Bundesregierung unterstützte – Trennung von bindenden Vorschriften auf der einen und Verfahrenleitfäden auf der anderen Seite. Diese in den alten Verfahrensdirektiven (Operational Directive, OD) bestehende intransparente Vermischung wird bei dem Revisionsprozess durch eine Trennung in Verfahrensgrundsätze (Operational Policies, OP) und Bank Prozeduren (Bank Procedures, BP) mit Empfehlungscharakter aufgehoben. Im Zuge dieser Trennung kommt es auch zur inhaltlichen Weiterentwicklung der Richtlinien aufgrund gewonnener Erfahrungen und neuer Erkenntnisse.

Die Bundesregierung setzt sich im Rahmen dieses Revisionsprozesses weiterhin dafür ein, dass **gute Umwelt und Sozialstandards** in der Weltbanktätigkeit sowie als Teil der Politiken der Länder selbst besser verankert und dafür angemessenen Hilfestellungen durch Beratung,

Institutionenaufbau, Ausbildung und Politikdialog gegeben werden.

Die heterogenen Interessenslage im Exekutivrat der Weltbank macht Entscheidungen über jede einzelne Vorschrift zu einem komplizierten politischen Prozess. So war das Ergebnis der Neufassung der **Umsiedlungsrichtlinie** im Oktober 2001 aus Sicht der Bundesregierung aufgrund der unzureichenden Berücksichtigung der Empfehlungen der „World Commission on Dams“ nicht zufriedenstellend, weshalb sie als einziges Land der Neufassung nicht zugestimmt hat. Es konnte jedoch auf Druck der Bundesregierung erreicht werden, dass die Umsiedlungsrichtlinie im Herbst 2003 wieder auf den Prüfstand kommen soll.

Auch die OD 4.20 zum Schutz **indigener Völker** soll geändert und in eine neue OP/BP 4.10 gegossen werden. OED hat zwischenzeitlich einen Bericht vorgelegt (Implementation of Operational Directive 4.20 on Indigenous People, Januar 2003), der Empfehlungen enthält, die in den Revisionsprozess eingebracht werden sollen und Problemkreise aufgreift, deren Bedeutung von der Bundesregierung mehrfach betont wurden. So wird empfohlen:

- Klarheit hinsichtlich des Anwendungsbereiches der OD zu schaffen,
- zwischen Safeguards (do no harm) und Aktionen (do good) klar zu unterscheiden,
- indigene Völker in Übereinstimmung mit der nationalen Rechtsordnung zu identifizieren und dort, wo eine Lücke in der nationalen Rechtsordnung besteht, sicherzustellen, dass indigene Völker im Rahmen der Armutsbekämpfungspolitik geschützt werden,
- auf Projektebene ein Monitoringsystem zu Auswirkungen auf indigene Völker zu schaffen
- und den Schutz indigener Völker in den Länder-Dialog stärker einzubeziehen.

Nach Abschluss eines vierjährigen Konsultationsprozesses zur Revision der Forststrategie der WB und der entsprechenden Richtlinien (OP/BP 4.36) wurde die Neufassung der **Forststrategie** am 31. Oktober 2002 vom WB-Exekutivrat verabschiedet, die eine Strategieänderung von einem reinen Ressourcenschutzansatz hin zu einer nachhaltigen

Waldbewirtschaftung beinhaltet. Anders als bei der Umsiedlungsrichtlinie hat sich die Bundesregierung dazu entschieden, der neuen Forststrategie ebenfalls zuzustimmen. Berücksichtigt wurde hierbei, dass der ehemalige restriktive Ansatz einer pauschalen Nichtfinanzierung der Bewirtschaftung von Primärwäldern dazu führte, dass sich die WB vollständig aus diesem Bereich zurückziehen musste. Im Ergebnis ist dies aufgrund fehlender Umweltstandards bei alternativen Finanzquellen einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung zu wider gelaufen. Die Bundesregierung hat daher die Aufhebung des strikten Verbotes der Finanzierung industriellen Holzeinschlags unterstützt. Sie teilt jedoch die Auffassung vieler NROs, dass diese Neuorientierung durch ein starkes Regelwerk zur Sicherstellung der Nachhaltigkeit flankiert werden muss und es künftig auf die qualitativ hochwertige Umsetzung der Safeguards durch die Bank ankommt. Auch hat die Bundesregierung in Anlehnung an die anspruchsvollen Kriterien des BMZ-Waldsektorkonzeptes sich im Laufe des Diskussionsprozesses dafür massiv eingesetzt, dass gerade im kritischen Bereich der Zertifizierungsvorschriften entscheidende Verbesserungen der Richtlinie erzielt werden konnten. So muss das Zertifizierungssystem neben Landrechten auch gewohnheitsrechtliche Besitzverhältnisse anerkennen, die Erhaltung von Biodiversität und Ökosystemen sicherstellen, internationale Grundsätze nachhaltiger Waldbewirtschaftung entsprechen und sich einer Bewertung durch unabhängige Dritte unterziehen. Diese zentralen Verbesserungen sowie die Tatsache, dass die WB die Umsetzung der Richtlinie für die nachhaltige Waldnutzung nach drei Jahren einer unabhängigen Prüfung unterziehen wird, haben letztendlich die Zustimmung gerechtfertigt. In Hinblick auf Kohärenz innerhalb der Weltbankgruppe hat sich die Bundesregierung auch dafür ausgesprochen, dass die Forstrichtlinien unter Berücksichtigung der jeweiligen Tätigkeitsbereiche auch auf IFC und MIGA ausgeweitet werden.

3.8 LICUS INITIATIVE

Im November 2001 hat WB Präsident Wolfensohn eine Task Force zu LICUS (Low-Income Countries under Stress) eingerichtet, um die Zusammenarbeit der WB Gruppe mit **Länder mit schlechter**

Performance (poor-performing countries) zu überprüfen (Hinweise unter <http://www.worldbank.org/operations/licus>).

Der Initiative liegt die Überzeugung zugrunde, dass die Gebergemeinschaft und insbesondere die WB als Teil der VN - Familie sich auch bei schwierigen politischen Rahmenbedingungen nicht vollständig zurückziehen sollte. Ziel der LICUS Initiative ist es, die Unterstützungsmaßnahmen insbesondere in den Länder zu verbessern und somit effektiver zu gestalten (aid effectiveness), die sich – sei es generell oder aufgrund einer Post-Konfliktphase - durch besonders **schwache Regierungsführung, Politiken und Institutionen** auszeichnen, was viele Geber zum Teil zum Abbrechen oder Aussetzen der Hilfe veranlasst hat. Der Bericht der Task Force wurde im Exekutivrat im März und Juli 2002 diskutiert und im Januar 2003 erfolgte eine Unterrichtung des Exekutivrates über die geplanten Umsetzungsschritte.

Die LICUS Initiative soll es der Bank ermöglichen, sich (wieder) in LICUS Ländern - wie z.B. Angola, Zentralafrikanische Republik, Haiti, Papua Neu Guinea, Somalia, Sudan und Tadschikistan (die Pilotländer für das Fiskaljahr 03) zu engagieren. Die hierfür entwickelte Strategie besteht aus **zwei zentralen Säulen**:

- Verbesserung von **Regierungsführung** (governance), **Politik und Institutionen, um armutsorientierten Wandel** zu fördern. Im Mittelpunkt steht dabei die Unterstützung von „zero-generation reforms“, d.h. solchen Reformen, hinter denen politisch wichtige Gruppen stehen und mit denen sich in kurzer Zeit (höchstens 3 Jahre) messbare Verbesserungen erreichen lassen.
- Verbesserung der armutsorientierten Leistung von **Grunddiensten** insbesondere Gesundheit und Bildung, sofern erforderlich auch über unabhängige und nichtstaatliche Kanäle.

Zur Erreichung dieser Zielsetzungen werden in der Umsetzung der **Wissenstransfer** und der **Aufbau von Kapazitäten** (capacity building) als besonders wichtig angesehen.

Die LICUS Task Force hat entsprechend der Strategie für LICUS Länder eine **Richtlinie** für sog. „LICUS Country Re-Engagement Notes“ aufgestellt, um die Zusammenarbeit der Bank mit den LICUS Ländern zu standardisieren, für die mangels ausreichender Analyse

oder Politikdialogs noch keine Übergangsstrategie (Transitional Support Strategy, TSS, für Post-Konflikt-Länder) oder Länderstrategie (CAS) entwickelt werden kann, aber über einen "Watching Brief" (für post Konflikt Länder) hinausgegangen werden soll. Eine solche "Re-Engagement Note" wurde dem Exekutivrat bisher zu Sudan (Juli 2003) und Somalia (April 2003) vorgestellt.³

Einen weiteren Schwerpunkt im Rahmen der LICUS Initiative bildet die **Zusammenarbeit** mit bi- und multilateralen Gebern, da diese gerade bei schwierigen politischen Rahmenbedingungen unerlässlich für den Erfolg der länderspezifischen Maßnahmen ist. Zu diesem Zweck hat die Weltbank gemeinsam mit OECD/DAC, Europäischer Kommission und UNDP im Oktober 2002 einen Workshop (Working for Development in Difficult Partnerships) veranstaltet. Ein Konsens wurde dahingehend erzielt, dass eine verstärkte Koordinierung und Kohärenz der Maßnahmen der bi- und multilateralen Gebern insbesondere durch besseren Informationsaustausch und Durchführung gemeinsamer sozio-politischer Analysen notwendig sei, die technische Zusammenarbeit bei den sog. schwierigen Partner im Vordergrund stehen müsse und wo immer möglich, Zuschüsse gewährt werden sollten. Des weiteren wurde die Gründung einer „learning and advisory group“, in der der Meinungsaustausch fortgeführt werden kann, beschlossen. Darauf hin wurde im März 2003 unter dem Dach von OECD/DAC die **Gruppe „Learning and Advisory Partnerships“** eingerichtet, die die Diskussion um „difficult partnerships/LICUS“ begleiten und deren Hauptarbeit eine sog. „core group“ übernehmen soll, der neben Weltbank, UNDP und Europäischer Kommission auch interessierte Geber angehören. Die Bundesregierung war auf dem ersten Treffen der „core group“ im Juni dieses Jahres in Paris durch das BMZ vertreten.

³ Andere neue Strategien zu LICUS Pilotländern: Angola TSS (März 2003), Tadschikistan CAS (Februar 2003), Haiti Country Brief (Januar 2003)

3.9 DEVELOPMENT GATEWAY FOUNDATION / ICT

Die Development Gateway Foundation (DGF) ist eine **gemeinnützige Organisation** mit vorläufigem **Sitz in Washington**, DC. Ihre Ziele sind die Reduzierung von Armut und die Unterstützung nachhaltiger Entwicklung durch die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT). Ihre wichtigsten Aktivitäten sind das Development Gateway Portal, ein IKT-Forschungs- und Ausbildungsprogramm, Zuschüsse für Investitionen im IKT-Bereich und ein jährliches ICT Development Forum. Weitere Informationen sind im Internet unter <http://www.developmentgateway.org> abrufbar.

Im Mai 2003 wurden unter dem Thema „Mit IT gegen Armut“ das **6. deutsche Weltbank Forum** und das erste Treffen des ICT Development Forum in Bonn veranstaltet. Gemeinsames Anliegen war es, Antworten auf die Frage zu finden, wie digitale Technologien die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung fördern können. Als Ergebnis wurde von den internationalen Teilnehmern des ICT Forums die Petersberg-Deklaration mit Empfehlungen für eine effizientere Arbeitsweise der DGF erarbeitet.

3.10 HARMONISIERUNG VON POLITIKEN, STRATEGIEN UND VERFAHREN

Die Harmonisierung von Politiken, Strategien und Verfahren nimmt einen immer höheren Stellenwert in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit ein. Durch Harmonisierung auf höchstem Niveau sollen die **Transaktionskosten** gesenkt, **ODA** Auszahlungen unter Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Entwicklungsbedürfnisse und Ziele **flexibler** und der **Druck auf die administrativen Kapazitäten** der Entwicklungsländer gesenkt werden. Harmonisierung ist kein Selbstzweck, sondern soll vielmehr dazu dienen, die Absorptionsfähigkeit und damit die „**ownership**“ der Entwicklungsländer zu stärken und die Effektivität der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu erhöhen. Zu den **zentralen Themenfeldern** der Harmonisierungsbemühungen

gehören nunmehr: Geberkoordinierung, delegierte Zusammenarbeit (ein Geber handelt im Namen eines anderen Gebers), länderanalytische Arbeit, Finanzmanagement, Auftrags- und Beschaffungswesen, Umweltanalysen, Berichtswesen, Monitoring und Evaluierung. Die „OECD-DAC Taskforce on Donor Practices“ und diejenigen der multilateralen Entwicklungsbanken arbeiten an der Erstellung von „**Good Practice Papers**“, die darlegen, wie die Geber ihre Verfahren in diesen zentralen Themenbereichen verbessern bzw. standardisieren können, um die „ownership“ der Partnerländer zu stärken. Ein Großteil dieser Papiere liegen bereits vor (der Stand der Arbeiten kann unter <http://www.developmentgateway.org/harmonization> abgerufen werden).

Nachdem die PRSP-Konferenz (Januar 2002) die große Bedeutung der Anpassung der Geberstrategien an die ländereigenen Armutsreduzierungsstrategien hervorgehoben sowie die Monterrey Konferenz (März 2002) die Notwendigkeit einer Effizienzverbesserung der Entwicklungszusammenarbeit durch Harmonisierung zur Erreichung der Millennium Development Goals erneut unterstrichen hat, bildete das „**High Level Forum on Harmonization**“ in Rom am 24. und 25. Februar 2003 den vorläufigen Höhepunkt der Harmonisierungsbemühungen. An der von den Multilateralen Entwicklungsbanken (Weltbank, AsDB, AfDB, IDB und EBRD) und OECD/DAC auf Einladung der italienischen Regierung gemeinsam getragenen Konferenz nahmen etwa 250 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus 52 Ländern und von 24 multilateralen Organisationen teil. Auf der Konferenz wurde die „**Rome Declaration on Harmonization**“ verabschiedet. Sie unterstreicht den Beitrag der Harmonisierungsbestrebungen als Beitrag zur Erreichung der Millennium Development Goals und wird als Unterstützung der im Rahmen des Monterrey Konsensus erzielten Vereinbarungen der internationalen Entwicklungsgemeinschaft angesehen. Die Deklaration bestätigt ausdrücklich die Arbeiten der DAC Task Force und der Arbeitsgruppen der MDBs und spiegelt die Empfehlungen der DAC Task Force wieder, die bereits im Dezember 2002 vom DAC Senior Level Meeting (SLM) gebilligt wurden. Mit der Rom Deklaration ist es daher gelungen, die Substanz der DAC-SLM Beschlüsse über den Kreis der DAC-Mitglieder hinaus konsensfähig zu machen. Damit ist eine breite Grundlage gegeben, auf Länderebene gemeinsam konkrete Schritte zur Harmonisierung von Geberpraktiken zu vereinbaren. In der Deklaration wurden insbesondere folgende notwendige Maßnahmen betont:

- Sicherzustellen, dass Entwicklungszusammenarbeit im Einklang mit den **Prioritäten der Länder** einschließlich Armutsbekämpfung erfolgt
- Verfahren, Berichterstattung und Monitoring zu **vereinfachen**; die Anzahl der Missionen zu **reduzieren**.
- Die Bemühungen der Geberzusammenarbeit durch **delegierte Zusammenarbeit** zu unterstützen
- **Budget- und Sektorfinanzierung sowie auch Zahlungsbilanzhilfe** in solchen Fällen zu leisten, in denen es angemessen ist und die treuhänderischen Voraussetzungen hinsichtlich Rechnungslegung und –prüfung gegeben sind.

Auch wurden die Partnerländer ermutigt, zusammen mit den Geberländern **Aktionspläne** zur Harmonisierung auf Länderebene zu entwerfen und dabei die Vorschläge der DAC Task Force und der Arbeitsgruppen der MDBs als Referenzpunkte zu verwenden.

Abschließend sieht die Deklaration ein Treffen Anfang 2005 zur **Bestandsaufnahme** der Umsetzungsfortschritte vor (im Anschluss an die vom OECD/DAC geplante „Review“ Ende 2004).

4. ZUSAMMENARBEIT MIT DER WIRTSCHAFT

Im GJ 2003 sind aus Weltbankprojekten insgesamt **US \$ 826 Mio. nach Deutschland geflossen** (2002: US \$ 880 Mio). Diese Summe setzt sich zusammen aus den Auszahlungen aus IBRD-Krediten (US \$ 210 Mio.), IDA-Krediten und Zuschüssen (US \$ 40 Mio.) und einem geschätzten Anteil an den Sektor- und Strukturanpassungsdarlehen (US \$ 576 Mio.). Letzteres wird lediglich auf der Basis von Außenhandelsstatistiken geschätzt und gibt daher keine konkreten Geschäftsabschlüsse wieder. Die Auszahlungen an deutsche Firmen entsprechen damit einem Anteil von **7,8%** an den **Auszahlungen in Fremdwährung** und einem Anteil von **4,3%** an den **Gesamtauszahlungen** im abgelaufenen Fiskaljahr⁴. Damit hat sich gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Verringerung ergeben (2002: nur Fremdwährung 9,3%, Gesamtauszahlung 4,9%).

Für eine detailliertere Analyse der Veränderungen werden im folgenden nur die Vertragsabschlüsse in Fremdwährung aus IBRD und IDA Vorhaben betrachtet (Gesamtvolumen US \$ 250 Mio.). Dabei ergibt sich folgendes Bild:

- Leichte Zuwächse konnten die deutschen Unternehmen lediglich im Bereich der **Consultingleistungen** erzielen. So **stieg** der Anteil deutscher Firmen am Gesamtauftragsvolumen für internationale Consultants **von 8,7% auf 9,5%**. Diese Entwicklung ist besonders erfreulich, da der Consulting Anteil deutscher Firmen traditionell niedrig war und erst seit einigen Jahren eine **kontinuierliche Erhöhung** festzustellen ist. Diese Entwicklung fällt zusammen mit der Einführung des ersten deutschen **Consultant Trust Funds**. Es ist zu vermuten, dass der Trust Fund nicht nur durch die Bereitstellung von Finanzierungen Unternehmen zu weiteren Aufträgen bei der WB verhilft, sondern darüber hinaus viele Unternehmen zur Kontaktaufnahme und -pflege mit der WB motiviert.
- Die geschätzten Auszahlungen aus **Sektor- und Strukturanpassungsdarlehen** sind mit 7,4% in etwa konstant geblieben (2002: 7,5%). Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Anteil der Sektor- und

⁴ Die Gesamtauszahlungen setzen sich zusammen aus den Auszahlungen in Fremdwährung, den Auszahlungen in der Währung des Partnerlandes sowie den Auszahlungen im Rahmen von Sektor- und Strukturanpassungsprogrammen und der HIPIC Initiative

Strukturanpassungsdarlehen an der Geschäftstätigkeit der WB Gruppe insgesamt im GJ 2003 von 37% auf 41% zugenommen hat.

- In allen anderen Kategorien, einschließlich des traditionell sehr starken **Ausrüstungsbereiches** (2003: 11%, 2002: 18%) ist der deutsche Lieferanteil am Gesamtauftragsvolumen gesunken. Der stärkste Einbruch ist dabei bei den **Bauaufträgen** zu verzeichnen, von denen lediglich 4% an deutsche Unternehmen vergeben wurden (2002: 11%).
- Betrachtet man den deutschen Lieferanteil nach Institutionen, so zeigt sich, dass der Anteil bei den **IBRD Vorhaben** noch immer deutlich über dem Anteil bei den **IDA Vorhaben** liegt (15,3% vs. 2,7%), auch wenn in beiden Fällen eine **Abnahme** im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen ist (2002: 19,1% vs. 5,6%).

Das Büro des deutschen Exekutivdirektors versteht sich als **Anlauf- und Beratungsstelle für die deutsche Wirtschaft**. Ein Informationsblatt (Vademecum) mit Hinweisen zur Kontaktaufnahme mit der WB kann im Sekretariat des deutschen Exekutivdirektors angefordert werden. Zahlreiche Entscheidungen, die in der Weltbank getroffen werden, beeinflussen die Wettbewerbschancen der deutschen Wirtschaft in unmittelbarer Weise. Daher sehen wir in der frühzeitigen Information über neue Entwicklungen eine unserer Aufgaben.

Um einen besseren und systematischen Austausch mit Wirtschaftsvertretern zu erreichen, hat das deutsche ED Büro Anfang des Jahres 2003 die "Initiative **Wirtschaftsarbeitskreis**" gegründet. Hierbei handelt es sich um einen informellen Kreis von in Washington vertretenen Verbands-, Consulting- und Industrievertretern. Ziel der etwa monatlich stattfindenden Treffen dieses Arbeitskreises ist es, den **Informationsfluss in beide Richtungen zu verbessern**. Zum einen informiert das ED Büro über aktuelle Entwicklungen in der Weltbank und zum anderen ergibt sich die Möglichkeit, Rückmeldungen zu den **Erfahrungen der Wirtschaftsvertreter** mit der Weltbank zu erhalten. Die beiden wichtigsten Themen des Arbeitskreises waren zum einen die Diskussion um die neuen Ausschreibungsverfahren der WB (s. unten) und die Erfahrungen mit den Consultant Trust Funds. Wir haben in beiden Fällen wichtige Hinweise erhalten, die es uns erleichtert haben, eine klare Position zu formulieren und frühzeitig in die Diskussion einzubringen.

Wir sehen in dem Wirtschaftsarbeitskreis ein wichtiges Instrument der Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft und werden diesen auch in den kommenden Jahren fortsetzen.

Neben der rechtzeitigen Information über neue Entwicklungen spielt jedoch auch die **strategische Ausrichtung** der Unternehmen eine entscheidende Rolle für die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die deutsche Wirtschaft hat ihre Stärken insbesondere in den „harten“ Sektoren wie der **Bauwirtschaft** und der **wirtschaftlichen Infrastruktur**. Durch den weltweiten Trend aller Geber hin zu den „weichen“ Sektoren und die Konzentration auf kleine Vorhaben mit umfangreicher technischer Unterstützung ist sowohl bei den Unternehmen als auch bei den Consultants eine andere Ausrichtung gefragt. Die neue Schwerpunktsetzung der WB Gruppe auf den Bereich **Infrastruktur** (vgl. Kap. 2.4.7) wird von den deutschen Wirtschaftsunternehmen sehr begrüßt, da hier bessere Wettbewerbschancen gesehen werden. Inwieweit sich dies tatsächlich in einem größeren Auftragsvolumen für deutsche Unternehmen niederschlagen wird, kann erst in den nächsten Jahren bewertet werden.

Aus dem abgelaufenen Geschäftsjahr sind folgende Trends und Initiativen hervorzuheben:

- Mit der Zielsetzung Harmonisierung, Modernisierung und Vereinfachung ist die WB dabei, ihre **Ausschreibungsverfahren zu überarbeiten**. Ein endgültiger Beschluss des Direktoriums hierüber ist erst zu Beginn des Fiskaljahrs 2004 zu erwarten. Bereits jetzt sind Änderungen absehbar, die **Vorteile** für die deutsche Wirtschaft beinhalten. So werden die neuen Verfahren den Einstieg in das elektronische Procurement (*e-procurement*) bringen und ein verpflichtendes De-briefing durch den Projektträger vorsehen. Weitere detaillierte Informationen zu den Ausschreibungsverfahren finden sich unter <http://www.worldbank.org/html/opr/procure/index.html>.
- Anfang Februar fand im Rahmen des Treffens aller deutschen Exekutivdirektoren ein Gesprächskreis mit dem **Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit zur Förderung der deutschen Wirtschaft** statt. Neben den Exekutivdirektoren der multilateralen Entwicklungsbanken und Vertretern von mehreren Ministerien waren daran auch Wirtschafts- und

Verbandsvertreter beteiligt.

- Der deutsche **Consultant Trust Fund** bei der **Weltbank** erfreut sich weiterhin regen Zuspruchs. Da die Mittel des ersten Consultant Trust Fund vollständig belegt waren, wurde zu Beginn des Fiskaljahres mit der WB ein Vertrag über einen zweiten Vertrag geschlossen, der ebenfalls mit 2 Mio. ausgestattet ist. Der Verwendungszweck wurde ausgeweitet und umfasst zusätzlich zum Umweltbereich nun auch *Public Sector Governance*. Verwaltet wird der deutsche Consultant Trust Fund von der KfW, Ansprechpartner ist Herr Knut Bäse, Telefon 069-7431-2562, Fax: 069-7431-3363 Email: knut.baese@kfw.de.
- Zusätzlich zum **Bayerischen Consultant Trust Fund** wurde im vergangenen Jahr ein **Ostdeutscher Consultant Trust Fund** bei der **IFC** eingerichtet. Beide Funds sind **revolvierend**, d.h. im Falle einer tatsächlich stattfindenden Projektfinanzierung muß der jeweilige Investor die für Consultingleistungen erbrachten Mittel wieder in den Fund einzahlen. Der Ostdeutsche Trust Fund ist mit 1,5 Mio ausgestattet und finanziert Studien mittelständiger ostdeutscher Consultingunternehmen zur Vorbereitung oder Begleitung von IFC Vorhaben. Er wird verwaltet vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. Kontaktadresse ist Herr Rolf Brenner, Telefon: 01888-615-6083, Fax: 01888-615-5364, Email: rolf.brenner@bmwa.bund.de.
- Wie vorgesehen hospitierte Herr Wilfried Maus von der **Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai)** ein zweites Mal in der Beschaffungsabteilung der Weltbank. Die Hospitation hatte zum Ziel, die Assistenz und Beratung deutscher KMU bei der Anbahnung und Akquisition von Geschäften mit der Weltbank weiter zu qualifizieren und das bestehende Beratungsangebot der bfai um praktische Erfahrungen und Akquisitions-Know-how zu erweitern. Herr Maus ist bei der bfai zu erreichen unter: German Office for Foreign Trade, Agrippastrasse 87-93, 50676 Köln, Telefon: 0221-2057-339, Fax: 0221-2057-212, Email: maus@bfai.com.
- Weiterhin bietet das **Verbindungsbüro der bayerischen Wirtschaft in Washington** eine Anlaufstelle für bayerische

Unternehmen und berät im Hinblick auf eine Beteiligung bayerischer Unternehmen an Vorhaben der Weltbankgruppe. Das Büro wird von Herrn Peter Salminger geleitet, die Kontaktanschrift lautet: State of Bavaria Liaison Office, 1627 I-Street, NW, Suite 550, Washington DC, 20006, USA, Telefon: +1-202-659-6823, Fax: +1-202-659-4779, Email: psalminger@bavariaindc.org.

Das **gemeinsame Büro von BDI und DIHK Büro in Washington** erfreut sich ebenfalls weiterhin starken Zuspruchs. Es fungiert als Anlaufstelle und Beratungsinstanz für die deutsche Wirtschaft. Das Büro wird von Herrn Robert Bergmann geleitet, die Kontaktanschrift lautet: Representative of German Industry and Trade, 1627 I Street, Washington DC, 20006, Telefon: +1-202-659-4777, Fax: +1-202-659-4779, Email: rbergmann@rgit-usa.com.

5. DEUTSCHE MITARBEITER IN DER WELTBANKGRUPPE

Zum Ende des Geschäftsjahres 2003 wurden in der **Weltbankgruppe 10.624 Mitarbeiter**⁵ (Zentrale 7.809 und vor Ort 2.815) gezählt. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich damit die Gesamtzahl der Mitarbeiter in der Weltbankgruppe von 10.745 um 121 leicht verringert (- 1,1%). Die Zahl der Short-Term-Consultants hat sich auf hohem Niveau stabilisiert: 2001: 6.426; 2002: 7452, 2003: 6688.

Seit der Personalreform 1999 unterscheidet die WB **zwischen internationalen⁶ und nationalen⁷ Mitarbeitern**. In der Zentrale wurden zum Ende des Geschäftsjahres 2003 4.260 internationale Mitarbeiter gezählt. Die Daten bestätigen erstmals seit dem GJ2001 wieder einen leichten **Personalanstieg** bei den internationalen Mitarbeitern, nach dem einschneidenden Stellenabbau im Rahmen der Budgetkonsolidierung im Jahre 2001.

Wenn man sich die internationalen Mitarbeiter unter dem Aspekt des Nationalitätenmixes ansieht, dominieren die US-Amerikaner weiterhin in der WB mit 26,7% im Geschäftsjahr 2003 (27,2% 2002), obwohl die USA nur einen IBRD-Kapitalanteil von 16,86% haben, der meist als Orientierungsgröße für den jeweiligen nationalen Personalanteil herangezogen wird.

Im Rahmen der Reformdiskussion zum Personalbereich hat die deutsche Seite, im Einklang mit einigen anderen Exekutivdirektoren im Board und im Personalausschuss immer wieder eine größere Diversifizierung der Weltbankgruppe gefordert. Unter Diversifizierung ist dabei nicht nur der ausgeglichene Nationalitätenmix gemeint. Es umfasst v.a. auch die Rekrutierung von Mitarbeitern aus allen Hochschulsystemen (bislang Bevorzugung angelsächsischer Hochschulen) und den Einsatz vielfältiger Berufsprofile, um den steigenden Anforderungen gewachsen

⁵ Hierzu zählen reguläre Mitarbeiter mit unbefristeten und befristeten Arbeitsverträgen. Nicht eingerechnet werden Angestellte mit einem Arbeitsvertrag von bis zu 190 Tagen im Jahr (Short-Term-Consultant).

⁶ Internationale Mitarbeiter werden weltweit rekrutiert, sie erhalten zusätzliche finanzielle Leistungen für bspw. Umzug und Neuansiedlung.

⁷ Nationale Mitarbeiter sind in der Zentrale i.d.R. „support staff“ bis Grad D/E; vor Ort stellen sie gut 80% der Mitarbeiter.

zu sein; es beinhaltet aber auch Geschlecht, Hautfarbe und Religion. Die Umsetzung der verstärkten Diversifizierung wird vom Exekutivdirektorium eng überwacht, zeigt bisher aber nur mäßige Erfolge. Dies liegt auch an der völligen Dezentralisierung der Einstellungsverfahren, die es der Personalabteilung schwer machen, übergreifende Anforderungsprofile durchzusetzen. Mit der Einrichtung einer Direktorenstelle für „Diversity“ sowie von der Personalabteilung vergebener Überbrückungsfinanzierungen (und damit erzielter Mitspracherechte über Bewerberauswahl) soll dem entgegengewirkt werden.

Was den **Frauenanteil** an den Mitarbeitern angeht, so stagniert dieser: gerechnet am Gesamtpersonal lag die Anzahl der weiblichen Mitarbeiter im GJ 2003 bei 33,7%; auch beim **deutschen Frauenanteil** gab es unwesentliche Veränderungen; er **stabilisierte** sich bei **2,2%**.

Tabelle Internationale Mitarbeiter in der Weltbankgruppe nach Nationalitäten

	Anzahl Higher Level Staff			Personalanteil in %		
	2002	2003	Veränderung gegenüber Vorjahr	2002	2003	IBRD-Kapitalanteil
Gesamt	4143	4260	+ 2,8%	100,0	100,0	100,0
USA	1127	1138	+ 1%	27,2	26,7	16,40
Japan	96	91	- 5%	2,3	2,1	7,87
Deutschland	113	117	+ 5%	2,7	2,7	4,49
UK	248	250	+ 0,8%	6	5,9	4,31
Frankreich	202	213	+ 5,4%	4,9	5	4,31
Kanada	176	171	- 2,8%	4,2	4	2,79
Italien	82	92	+ 12%	2	2,2	2,79

Im Geschäftsjahr 2003 haben 233 internationale Mitarbeiter die WB verlassen, darunter 6 Deutsche.

Die Zahl der **Deutschen**, die als internationale Mitarbeiter eingestellt

sind, hat sich im Geschäftsjahr 2003 von 113 auf 117 Mitarbeiter geringfügig erhöht und liegt –bezogen auf die revidierten Zahlen aus dem GJ 2002 – bei **2,7%**. Den Zahlen der internationalen Mitarbeitern müssen 30 nationale Mitarbeiter hinzugezählt werden, davon 13 in der Stufe E (ehemals unterste Stufe für ‚professional‘) und 4 in den Stufen GF-GK. Somit arbeiten insgesamt 147 Deutsche in der Weltbankgruppe.

Der Anteil der Deutschen in der WB ist weiterhin unbefriedigend. Unser Ziel für die nächsten Jahre wird es bleiben, zum einen mit Hilfe der deutschen Personalprogramme (vgl. unten), aber auch mit gezielten Informationsveranstaltungen, veranstaltet durch die Bundesregierung, den deutschen Personalanteil in der WB prozentual wie auch in absoluten Zahlen zu steigern.

Erstmals fand in diesem Geschäftsjahr unter der Leitung des Auswärtigen Amtes ein „Worldbank Recruitment Workshop“ in Deutschland statt, der interessierten deutschen Nachwuchskräften über Einstellungsverfahren und –voraussetzungen sowie die Karrieremöglichkeiten in der Weltbank informierte. Weitere Veranstaltungen dieser Art sind geplant. Darüber hinaus lädt das Deutsche ED Büro in regelmäßigen Abständen deutsche Mitarbeiter der WB Gruppe zu Veranstaltungen ein, die u.a. ein Forum zum „Networking“ bieten. In diesem Jahr wurde vom Deutschen ED Büro das erste Treffen von Beigeordneten Sachverständigen (JPO), die in WB und VN Organisationen in N.Y.C. tätig sind, organisiert. Zielsetzung war neben dem besseren Kennenlernen der Teilnehmer am deutschen Programm das Bilden von Kontakten über die Institutionen hinweg. Das ganztägige Treffen soll halbjährig, abwechselnd in D.C. und N.Y.C. stattfinden und ein Diskussionsforum zu bestimmten Themenkomplexen bieten.

Peter Woicke ist als Managing Director der IFC und als einer der 5 Geschäftsführenden Direktoren (Managing Directors) weiterhin der ranghöchste Deutsche im Management der WB. Während der langjährige Vizepräsident für Mittel- und Osteuropa sowie die Staaten der früheren Sowjetunion, Johannes Linn, in den Ruhestand ging, wurde Michael Klein zum Vizepräsident und Chefvolkswirt in der IFC befördert. Somit ist weiterhin ein Deutscher in einer wichtigen **Spitzenposition** des WB Managements. Im mittleren und höheren Management (Grad H und höher) ist Deutschland unverändert zum Vorjahr mit 45 Mitarbeitern oder

2,9% vertreten.

Kaum von Bedeutung ist der Anteil **deutscher Short-Term Consultants** (Geschäftsjahr 2003: 145 von 6688, entspricht knapp über 2%) in der Zentrale, also der temporär, meist als ‚professionals‘ Beschäftigten. Die Überrepräsentanz der USA ist hier auch aufgrund des ‚Heimvorteils‘ noch größer als bei den regulären Bediensteten.

Wichtige Instrumente für die mittel- und langfristige Erhöhung des deutschen Personalanteils in der Weltbankgruppe sind- neben einer guten Informationspolitik „zu Hause“ - die **Nachwuchs - und Personalprogramme**. Die Teilnahme am höchst kompetitiven **Young Professional Program** (YP) der WB ist eine vielgesuchte Eintrittspforte in die Bank.

Für das Programm 2003 haben 5 Deutsche (das entspricht **15,2%**) die letzte Hürde der Bank genommen und sind angenommen worden. Das ist ein äußerst beachtliches Ergebnis.

Die mit der WB vereinbarten Programme zur mittel- und langfristigen Erhöhung des deutschen Personalanteils erfreuen sich weiterhin großer Nachfrage:

- Beigeordnete Sachverständige oder **Junior Professional Program** (JPO): Das vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanzierte Nachwuchsprogramm ist im Juli 1997 auf die WB ausgedehnt worden. Junge Berufstätige bis zu 32 Jahren werden für normalerweise zwei Jahre in entwicklungspolitisch relevanten Arbeitsbereichen der WB eingesetzt. Das ‚Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO) in Bonn ist auf der deutschen Seite für eine erste Kandidatenauswahl und die technische Betreuung des Programms zuständig. Im Jahre 2001 wurde im Auftrag des BMZ erstmals eine Evaluierung des gesamten Programms Beigeordneter Sachverständige durch einen Gutachter des DIE durchgeführt. Grundsätzlich bewerten die Ressorts und die Teilnehmer das Programm positiv, Allerdings wird Raum für Verbesserungen benannt, insbesondere in der politisch-strategischen Auswahl der Positionen und der Schwerpunktbildung bei der Platzierung der JPO sowie der

Verbesserung in der Betreuungsstruktur vor, während und nach dem Einsatz. Um diese Empfehlungen umzusetzen, wurde beispielsweise der Prozess der Stellenauswahl modifiziert: Die WB identifiziert zwar weiterhin die für sie potentiell zu besetzenden Stellen, allerdings werden diese dann unter strategischen Gesichtspunkten des BMZ ausgewertet und ausgewählt – die endgültige Kandidatenauswahl liegt ebenso weiterhin bei der Weltbank, allerdings findet eine Vorauswahl der Kandidaten unter Beteiligung des BMZ, des BFIO sowie des DIE statt. Darüber hinaus wird von den angenommenen Bewerbern erwartet, einen Kurzeinsatz in der jeweils relevanten Abteilung/ Einheit des BMZ sowie GTZ und KfW zu machen, um so die Kontakte in die deutsche EZ Struktur sicherzustellen.

- **Nationales Expertenprogramm:** Das BMZ sah sich lange Zeit aus Haushaltsgründen nicht in der Lage, Mittel für eine Nationale Experten-Stelle bereitzustellen. Dies hatte sich im Nachgang des 11. September mit den zur Verfügung gestellten Finanzmitteln im Rahmen des Antiterrorpaketes geändert: Derzeit wird über die Entsendung eines Mitarbeiters verhandelt. Das ursprünglich allein auf die Bundesministerien beschränkte Programm wurde auf die Landesministerien, die nachgeordneten Behörden, die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), die Deutsche Bundesbank sowie Universitäten und Forschungsinstitute erweitert. Nach der Angebots- und Bedarfsformulierung legt die Weltbankgruppe Stellenbeschreibungen vor; danach werden geeignete deutsche Kandidaten identifiziert. Bei der Entsendung von bis zu drei Jahren wird das deutsche Inlandsgehalt von der entsendenden Institution weiter bezahlt; die WB übernimmt die Differenz zum regulären Weltbankgehalt und andere Kosten (insgesamt ca. die Hälfte der Gesamtkosten). Bis Ende des GJ 2003 waren sieben Mitarbeiter der GTZ, ein Mitarbeiter der KfW, sowie ein Mitarbeiter des DED zur Weltbank entsandt.
- **Austauschprogramm mit der Wirtschaft und Internationalen Institutionen:** Es beteiligten sich vier deutsche Unternehmen bzw. Institutionen (Siemens, Deutsche Bank, Bayerisches Wirtschaftsministerium) an dem von Präsident Wolfensohn

initiierten Austauschprogramm. Im GJ 2003 waren insgesamt zwei Mitarbeiter von diesen Unternehmen in die WB sowie vier Weltbankmitarbeiter in deutsche Firmen entsandt (Siemens, SAP, München RE).

- Das **Junior Professional Associates Program (JPA)** der WB ist ein Ende des Geschäftsjahres 2001 initiiertes neues Förderungsprogramm der Bank. Es wendet sich an Studienabgänger, die nicht älter als 28 Jahre sind und mindestens das Äquivalent eines „bachelor degrees“ besitzen bei gleichzeitigem Nachweis relevanter praktischer Erfahrungen. Die Anstellung ist auf zwei Jahre befristet mit der Möglichkeit eines späteren Wiedereinstiegs in die Weltbankgruppe. Im GJ 2003 wurden von 82 JPAs 2 Deutsche eingestellt.

6. GESCHÄFTSTÄTIGKEIT DER WELTBANKGRUPPE

IBRD/IDA

Im GJ 03 billigte das Exekutivdirektorium insgesamt 240 IBRD/IDA-Projekte (229 im GJ 02) mit einem **Zusagevolumen** von rund US \$ 18,5 Mrd. (19,5 Mrd. im GJ 02). Davon entfielen 99 Projekte mit Darlehenszusagen von US \$ 11,2 Mrd. auf die **IBRD** (verglichen mit US \$ 11,4 Mrd. und 96 Operationen im GJ 02). Dies ist ein um rund 2 % niedrigeres Ergebnis als im letzten Jahr - bei einer höheren Anzahl von Projekten. 141 Projekte (GJ 02: 133) mit einem Kreditzusagevolumen von rund US \$ 7,3 Mrd. (GJ 02: US \$ 8,1 Mrd.) entfielen auf **IDA**, ein um knapp 10 % niedrigeres Ergebnis als im Vorjahr. Die Projektanzahl konnte aber ebenso gesteigert werden. Damit ist das diesjährige **Gesamtergebnis** von IBRD und IDA um rund US \$ 1 Mrd. geringer als im Vorjahr. Der Anteil von IDA an den gesamten Darlehenszusagen beträgt knapp 40 %. Rund 60 % der neuen Projekte wurden über IDA finanziert.

Die **Auszahlungen** betragen bei der IBRD und IDA US \$ 18,9 Mrd. gegenüber US \$ 17,9 Mrd. im GJ 02 rund 5 % mehr als im Vorjahr.

Die Kreditvergabe an **Argentinien** mit US \$ 1,35 Mrd. war die höchste an ein einzelnes Land durch die IBRD im GJ 03. US \$ 3,72 Mrd. an IDA-Darlehenszusagen gingen an **Afrika** und damit 51 % der gesamten IDA-Darlehenszusagen. **Südasiens** erhielt mit US \$ 2 Mrd. die zweithöchsten IDA-Darlehenszusagen (28 %).

Für die IBRD ebenso wie für IDA waren die Bereiche **Recht und öffentliche Verwaltung** (IBRD: 23 %, IDA: 19 %) und **Gesundheit und Soziales** (IBRD: 18 %, IDA 19%) die am stärksten vertretenen Bereiche. Damit löste der Bereich Gesundheit und Soziales bei IBRD den Finanzsektor und bei IDA den Bereich Energie und Bergbau ab.

Zusätzlich zu den regulären Operationen hat die Bank noch 21 weitere Vorhaben, wie z.B. die Global Environment Facility (GEF) sowie spezielle Finanzierungen und Garantien mit US \$ 396 Mio. unterstützt (im Jahr zuvor waren es 26 Operationen in Höhe von US \$ 534 Mio.).

Im Bereich "**Economic and Sector Work**" (ESW) sind im GJ 03 591 regionale Produkte erstellt worden, gegenüber 457 im Vorjahr, was einem beachtlichen Anstieg um 29 % entspricht. ESW war stark fokussiert im letzten Jahr auf den Bereich öffentliche Administration, unter Einbezug der Themen Management des öffentlichen Ausgabewesens, Budget- und Finanzmanagement. 22 % aller ESW-Produkte wurden für diesen Bereich erstellt. Gefolgt wurde dies von 18 % der Produkte im Bereich Finanz- und Privatsektor Entwicklung und 16 % für den Bereich „Economic Management“. Zusätzlich haben die Sektorbereiche (Networks) der WB 135 ESW erstellt.

Die IBRD erwirtschaftete im GJ 03 einen **Gewinn** von US \$ 3 Mrd. Dieser liegt damit um rund 50 % über dem des Vorjahres. Ausschlaggebend für die starke Steigerung waren zwei positive Entwicklungen im GJ 03: die verbesserte Risikoeinschätzung für Bosnien und Herzegowina, Serbien und Montenegro (Sonderfall aufgrund Neugründung von Staaten, in der Vergangenheit nur ein Fall, Bangladesch) und die verbesserte Risikoeinschätzung des Gesamtportfolios. Die **Verwendung des Gewinns** für das GJ 03 wurde folgendermaßen beschlossen: rund US \$ 2,5 Mrd. für die Einstellung in Reserven, US \$ 300 Mio. für IDA und US \$ 240 Mio. für den HIPC-Treuhandfonds.

IFC

Die **Gesamtzusagen** der IFC belaufen sich für das Jahr 2003 auf US \$ 3,99 Mrd. und sind damit nahezu identisch mit dem Vorjahreswert (US \$ 4,00 Mrd.). Insgesamt wurden etwa 200 Vertragsabschlüsse getätigt, von denen 74% Darlehen, 14% Eigenkapitalbeteiligungen und 12% Garantien oder Risiko Management Produkte waren.

Schwerpunkt der **regionalen Verteilung** blieb auch in diesem Jahr Lateinamerika (36% der Gesamtzusagen, 2002: 36%) und Europa/Zentralasien (29% der Zusagen, 2002: 28%). Im Vergleich zum Vorjahr konnte insbesondere Asien mit 25% der Gesamtzusagen Steigerungen verzeichnen (2002: 19%). Dieser Anstieg ging im wesentlichen zu Lasten von Subsahara Afrika (4% im Vergleich zu knapp 10% im Vorjahr).

Sektoral bildet auch im GJ 2003 der Finanzsektor den **Investitionsschwerpunkt** der IFC. Mit etwa 48% der Mittel oder US \$ 1,9 Mrd. der Neuinvestitionen im Bereich kommerzielle Banken, Mikrofinanzinstitutionen, Leasing-Unternehmen, Börsen usw. wird der Vorjahreswert sogar noch übertroffen (US \$ 1,5 Mrd.). Daneben spielen Investitionen in Versorgungsunternehmen mit US \$ 469 Mio. die größte Rolle, gefolgt von Öl, Gas und Bergbau sowie Informationstechnologie.

Nachdem im Vorjahr insbesondere aufgrund der Argentinienkrise deutlich höhere Rückstellungen notwendig waren, hat sich die **Qualität des Portfolios** im GJ 2003 wieder verbessert, so dass die Rückstellungen für Darlehensverluste von 16,7% (2002) auf 14,5% und für Verluste aus Eigenkapitalbeteiligungen von 29,4% (2002) auf 27,1% verringert werden konnten. Zusätzlich konnten höhere Kapitalgewinne realisiert werden, so dass sich das **Nettoeinkommen** der IFC insgesamt von US \$ 215 auf US \$ 487 Mio erhöht hat.

Die **strategische Ausrichtung** der IFC bleibt weiterhin orientiert auf Länder und Sektoren mit hohem Risiko und entsprechend geringen oder gar keinen privaten Kapitalzuflüssen (*frontier markets*). Im aktuellen Strategiepapier wird der Schwerpunkt in diesen Ländern auf die Verbesserung des Investitionsklimas und **technische Unterstützung** gelegt. Dies betrifft insbesondere die Länder **Subsahara Afrikas**, in denen adäquate Bedingungen für Privatinvestitionen teilweise erst geschaffen werden müssen. Als Schwerpunktsektoren werden Finanzsektor, Infrastruktur, soziale Sektoren wie Gesundheit und Bildung, Informationstechnologie sowie Klein- und Mittelunternehmen angesehen.

Als großer Erfolg der IFC ist es zu werten, dass immer mehr Privatbanken die **Umwelt- und Sozialstandards der IFC** (*safeguards*) als **Wettbewerbsvorteil** erkennen. Mittlerweile haben sich 10 große kommerzielle Banken⁸ auf die sogenannten **Äquatorprinzipien** verpflichtet, die sich an den *Safeguards* der IFC orientieren.

⁸ ABN Amro Bank, Barclays PLC, Citigroup Inc., Credit Lyonnais, Credit Suisse Group, Hypo Vereinsbank Group, Rabobank, Royal Bank of Scotland, West LB AG, Westpac Banking Corporation

Im GJ 2003 sind keine Mitgliedsstaaten hinzugekommen, so daß die IFC wie im Vorjahr 175 Mitgliedsländer zählt. Geschäftsführender Vizepräsident ist weiterhin der Deutsche Peter Woicke, der auch als einer der fünf Managing Directors der IBRD (eine Ebene unter dem Präsidenten) verantwortlich ist für den Privatsektor in der Weltbankgruppe.

MIGA

Die Geschäftstätigkeit der MIGA ist im GJ 2003 um etwa 10% auf US \$ 1,352 Mrd. gestiegen (2002: US \$ 1,221 Mrd., ohne corporate underwriting program). Insgesamt konnten **59 Garantieverträge** (GJ 02: 58) abgeschlossen werden, davon waren 18 in IDA Ländern (2002: 14) und 12 waren sogenannte Süd-Süd Investitionen (2002: ebenfalls 12).

Bei der **regionalen Konzentration** der MIGA ergaben sich im letzten GJ einige Veränderungen. Das Engagement in der traditionell wichtigen Region Lateinamerika und Karibik hat sich insbesondere aufgrund der geringeren Investitionstätigkeit infolge der Argentinienkrise auf 21% verringert (2002: 44,3%). Der größte Anstieg konnte in der Region Europa und Zentralasien erreicht werden, die im Jahr 2003 beinahe die Hälfte der Geschäftstätigkeit ausmachte (46% gegenüber nur 26% im Vorjahr).

Sektoral lag der Schwerpunkt wie auch in den letzten Jahren ganz überwiegend auf den Bereichen Infrastruktur (47%) und Finanzsektor (28%). Die sehr hohe Konzentration auf Garantien für Infrastrukturvorhaben in 2002 von 72% wurde in diesem Jahr deutlich verringert. Zuwächse ergaben sich bei Finanzsektor, Tourismus und der Rohstoffindustrie.

Am stärksten genutzt wurden **MIGA-Garantien** im vergangenen Jahr von Investoren aus den USA (17% am Gesamtportfolio), Österreich (14%) und den Niederlanden (11%). Der deutsche Anteil liegt bei knapp 4% und damit unter dem Kapitalanteil (5,45%) Deutschlands an der MIGA. Die teilweise überraschende Verteilung erklärt sich überwiegend

aus dem Verhältnis der Produktpalette der MIGA zum Garantieangebot im eigenen Land.

Im GJ 2002 hat sich die **Zahl der Mitgliedsländer** um fünf Staaten (Afghanistan, Gabun, Ruanda, Tadschikistan, Timor-Leste) auf insgesamt 162 erhöht.

Anlagen

Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und Internationale Entwicklungsorganisation (IDA)

(Stand 15.07.2003)

- Gegründet:** IBRD: im Juli 1944 in Bretton Woods;
Satzung ist am 27.12.1945 in Kraft getreten
IDA: am 15.12. 1959 als Sonderorganisation
der VN. Gründungsabkommen datiert
vom 26.1.1960. Geschäftsaufnahme im
September 1960 als Tochterorganisation der
Weltbankgruppe.
- Sitz:** Washington, D.C. 20433, USA
1818 H Street, N.W.
Organisatorisch und personell bilden IBRD
und IDA eine Einheit.
- Mitglieder:** IBRD: 184 Mitgliedsländer
IDA: 164 Mitgliedsländer
Singapur ist am 27.9.2002 Mitglied ge-
worden
- Mitgliedschaft und
Stimmrechte:** Jeder Staat kann Mitglied von IBRD und
IDA werden. Voraussetzung ist jedoch die
Mitgliedschaft im IWF. Über Zulassung
und Festlegung der Beitrittsbedingungen
entscheidet der Gouverneursrat.
Das **Stimmrecht** der Mitglieder orientiert sich
am gezeichneten Kapital.

Jedes **IBRD-Mitgliedsland** hat 250 Basisstimmen, zusätzlich einer weiteren Stimme für jeden gezeichneten Kapitalanteil. Jedes **IDA-Mitglied** verfügt über 500 Basisstimmen plus 1 Stimme für je US \$ 5.000 seines gezeichneten Kapitals.

Bei Aufstockungen werden gewisse Sonderregelungen zugunsten der Entwicklungsländer getroffen.

Ziele/Aufgaben:

Hauptaufgabe von IBRD/IDA ist die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Entwicklungs- und Transformationsländern. Schwerpunkte bilden die Armutsbekämpfung, der Umweltschutz und die Förderung privatwirtschaftlicher Entwicklung.

Hauptinstrumente sind die Gewährung von Darlehen zu marktnahen Konditionen (IBRD) sowie zinslose Kredite für die ärmeren Entwicklungsländer (IDA). Damit werden Investitionsprojekte, technische Hilfe sowie wirtschaftliche Reformprogramme (Struktur-anpassungskredite) finanziert. Die wichtigste Grundlage für diese Finanzierungen stellt die Länderstrategie (Country Assistance Strategy – CAS) dar.

Organe:

Gouverneursrat: höchstes Beschlussorgan der Bank, bestehend aus Gouverneuren aller Mitgliedstaaten, die durch ihre jeweilige Regierung ernannt werden. Deutscher Gouverneur ist Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (BMZ), Stellvertreter ist Staatssekretär Caio Koch-Weser (BMF).

Direktorium: besteht aus 24 Exekutivdirektoren. 5 Direktoren werden jeweils von den größten Anteilseignern ernannt.

Drei Direktoren werden von der VR China, Saudi-Arabien und Russland bestimmt. 16 Direktoren vertreten Stimmrechtsgruppen und werden durch die Gouverneure ihrer jeweiligen Mitgliedstaaten für 2 Jahre gewählt. Das Direktorium überwacht und steuert die Geschäftstätigkeit der Bank auf der Basis der vom Gouverneursrat delegierten Befugnisse.

Präsident: Er führt unter Aufsicht des Direktoriums die laufenden Geschäfte der Weltbankgruppe. Er ist Vorsitzender des Direktoriums, hat aber kein Stimmrecht, außer bei Stimmgleichheit. Er wird vom Direktorium für eine Amtszeit von 5 Jahren gewählt und darf weder Gouverneur noch Exekutivdirektor sein.

Präsident: James D. Wolfensohn (seit dem 01.06.1995)

Eigenkapital: IBRD: Das gezeichnete Eigenkapital betrug zum Ende des GJ 03 US \$ 157,141.2 Mrd. (in 1944 US \$)

IDA: IDA ist ein konzessionärer Hilfsfonds und vergibt zinslose Kredite an die ärmsten Entwicklungsländer (Kreditnehmer müssen aber eine Servicegebühr von 0,75 % auf ausgezahlte Beträge leisten). Aus diesem Grund kann sich IDA im Gegensatz zur IBRD nicht auf den Kapitalmärkten refinanzieren, sondern ist u.a. auf Haushaltsmittel der Mitgliedsländer angewiesen. In der Regel finden alle 3 Jahre Wiederauffüllungsrunden statt. Die Verhandlungen für die 13. Wiederauffüllung für die Finanzjahre 2003-2005 wurden im Juli 2002 abgeschlossen. Das Auffüllungsvolumen beträgt 10,02 Mrd. Sonderziehungsrechte (SZR).

Zusammen mit Rückflüssen aus früher gewährten IDA-Krediten stehen für IDA 13 insgesamt rd. US \$ 23 Mrd. zur Verfügung.

Hauptanteilseigner: IBRD: USA 16,4 %, Japan 7,87 %, Deutschland 4,49 %, UK 4,31 %, Frankreich 4,31 %

IDA: Deutschland hat an der Erstzeichnung der IDA-Anteile und an allen Aufstockungen maßgeblich teilgenommen und ist nach den USA und Japan drittgrößter Anteilseigner.

Letzte Kapitalerhöhung:

IBRD: 1988 (dritte allgemeine Kapitalerhöhung), 1992 (spezielle Kapitalerhöhung wegen Beitritt der Republiken der ehemaligen Sowjetunion), 1996 (selektive Kapitalerhöhung, die allein durch Japan gezeichnet wurde).

IDA: Juli 2002

Personal:

8.531 Mitarbeiter (IBRD+IDA), davon 7.809 in der Zentrale in Washington DC; 121 der internationalen Angestellten (International Staff) sind Deutsche

Deutscher Kapitalanteil:

IBRD: US \$ 7,239.9 Mrd. Der deutsche Beitrag entspricht 4,61 % des Gesamtkapitals.

IDA: Deutschland hat nach den USA und Japan mit rd. US \$ 1,3 Mrd den drittgrößten Kapitalanteil (entspricht ca. 10,3 % der Gesamtzeichnungen).

Deutscher Stimmrechtsanteil:

IBRD: 72.649 Stimmen (von insgesamt 1.612.412), entspricht 4,49 % (zum Vergleich: USA 16,40 %, Japan 7,87 %, UK 4,31 %).

IDA: 966.302 Stimmen (von insgesamt 13.765.739, Stand 4.8.03), entspricht 7,02 % (zum Vergleich: USA 13,90 %, Japan 10,92 %, UK 5 %)

Aufteilung der Stimmrechte: IBRD: G7: 44,75 %; Geberländer (Part I): 61,70 %

IDA: G7: 49,06 %; Geberländer (Part I): 6,5 %

Ausleih- und Auszahlungsvolumen: siehe beigefügte Tabelle

Fachlich federführendes Ministerium: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Ausleihvolumen und Auszahlungen der IBRD

	2002				2003			
	Ausleihvolumen		Auszahlungen		Ausleihvolumen		Auszahlungen	
	Mio \$	\$	Mio \$	\$	Mio \$	\$	Mio \$	\$
a. Regionale Aufteilung								
Afrika	42	0,4	87	0,8	15	0,1	55	0,5
Ostasien/Pazifik	982	8,6	2846	25,3	1767	15,8	2304	19,3
Europa/Zentralasien	4895	42,7	3394	30,2	2089	18,6	1893	15,8
Lateinamerika/Karibik	4188	36,6	3505	31,1	5668	50,5	6456	54,2
Mittl. Osten/Nordafrika	452	3,9	515	4,6	856	7,6	514	4,3
Südasien	893	7,8	909	8,0	836	7,4	700	5,9
Summe	11452	100	11256	100	11231	100	11921	100
b. Sektorale Aufteilung								
Landwirtschaft	624	5	*		554	5	*	
Bildung	753	7	*		1325	12	*	
Energie und Bergbau	702	6	*		573	5	*	
Finanzsektor	2063	18	*		1106	10	*	
Gesundheit und Soziales	1338	12	*		2064	18	*	
Industrie und Handel	580	5	*		454	4	*	
Kommunikation	97	1	*		49	0	*	
Recht und öffentl. Verwaltung	3592	31	*		2578	23	*	
Transport	1526	13	*		1696	15	*	
Wasser/Sanitär	177	2	*		830	7	*	
Summe	11452	100	*		11231	100	*	

* Zahlen lagen bei Redaktionsschluss nicht vor.

Ausleihvolumen und Auszahlungen der IDA

	2002				2003			
	Ausleihvolumen		Auszahlungen		Ausleihvolumen		Auszahlungen	
	Mio \$	\$	Mio \$	\$	Mio \$	\$	Mio \$	\$
a. Regionale Aufteilung								
Afrika	3752	46,5	2564	38,8	3722	51,1	3226	46
Ostasien/Pazifik	791	9,8	745	11,3	544	7,5	744	11
Europa/Zentralasien	629	7,8	430	6,5	581	7,8	590	8,4
Lateinamerika/Karibik	178	2,2	272	4,1	153	2,2	322	4,6
Mittl. Osten/Nordafrika	103	1,3	117	1,8	200	2,7	153	2,2
Südasien	2615	32,4	2484	37,5	2082	28,7	1954	27,8
Summe	8068	100	6612	100	7282	100	7019	100
b. Sektorale Aufteilung								
Landwirtschaft	624	8	*		658	9	*	
Bildung	632	8	*		1023	14	*	
Energie und Bergbau	1272	16	*		515	7	*	
Finanzsektor	800	10	*		349	5	*	
Gesundheit und Soziales	1028	13	*		1379	19	*	
Industrie und Handel	814	10	*		343	5	*	
Kommunikation	56	1	*		66	1	*	
Recht und öffentl. Verwaltung	1607	20	*		1369	19	*	
Transport	865	11	*		1031	14	*	
Wasser/Sanitär	369	5	*		549	8	*	
Summe	8068	100	*		7283	100	*	

* Zahlen lagen bei Redaktionsschluss nicht vor.

Internationale Finanzkorporation (IFC)

(Stand 15.07.2003)

Gegründet:	Am 24. Juli 1956 als erstes neues Mitglied der Weltbank.
Sitz:	1818 H Street, NW, Washington, D.C. 20433, USA
Mitglieder:	175 Mitglieder
Mitgliedschaft und Stimmrechte:	Grundsätzlich kann jedes Land, das Mitglied bei der Weltbank ist, Mitglied bei der IFC werden.
Ziele/Aufgaben	<p>Förderung privatwirtschaftlicher Initiative in Entwicklungsländern und in Ländern im Übergang zur Marktwirtschaft.</p> <p>Im einzelnen sieht das Mandat vor:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Finanzierung von Direktinvestitionen in Entwicklungsländer durch Darlehen und Eigenkapital ohne Rückzahlungsgarantie des begünstigten Landes; • Verbesserung des Investitionsklimas durch Regierungsberatung und Aufbau von lokalen Finanzmärkten. <p>Im Gegensatz zu den anderen Mitgliedern der Weltbankgruppe beteiligt sich die IFC direkt an Investitionsvorhaben privater Unternehmen in Entwicklungsländern durch Eigenkapital, langfristige Investitionsdarlehen oder die Gewährung von Garantien. Die Konditionen werden für jedes Projekt unter</p>

Berücksichtigung der damit verbundenen Risiken gesondert vereinbart. Die IFC ist häufig federführend bei der Strukturierung von Investitionsvorhaben und mobilisiert durch Konsortialkredite und Syndizierungen Mittel von privaten Kapitalgebern. Darüber hinaus stellt die IFC technische Hilfe für den Aufbau von Kapitalmärkten zur Verfügung, berät Regierungen bei der Gestaltung von Investitionsrahmenbedingungen und hilft Unternehmen in Fragen des Umweltschutzes und der Arbeitssicherheit.

Organe:

Die **IFC ist Mitglied der Weltbankgruppe** mit eigener Rechtspersönlichkeit. Beschlussorgane sind:

Gouverneursrat: höchstes Beschlussorgan der Bank, bestehend aus Gouverneuren aller Mitgliedstaaten, die durch ihre jeweilige Regierung ernannt werden. Deutscher Gouverneur ist Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (BMZ), Stellvertreter ist Staatssekretär Caio Koch-Weser (BMF).

Direktorium: besteht aus 24 Exekutivdirektoren. 5 Direktoren werden jeweils von den größten Anteilseignern ernannt. Drei Direktoren werden von der VR China, Saudi-Arabien und Russland bestimmt. 16 Direktoren vertreten Stimmrechtsgruppen und werden durch die Gouverneure ihrer jeweiligen Mitgliedstaaten für 2 Jahre gewählt. Das Direktorium überwacht und steuert die Geschäftstätigkeit der Bank auf der Basis der vom Gouverneursrat delegierten Befugnisse.

Präsident: Präsident der IFC ist der Präsident der Weltbank. Die Geschäftsführung ist je-

doch weitgehend an den „Geschäftsführenden Vizepräsidenten“ delegiert.

Präsident:	James D. Wolfensohn (seit dem 01.06.1995). Die Geschäftsführung wird jedoch überwiegend vom „Geschäftsführenden Vizepräsidenten“, Peter Woicke , wahrgenommen.
Eigenkapital:	Das gezeichnete Eigenkapital der IFC betrug zum Ende des Geschäftsjahres 2002 US \$ 2,36 Mrd., wobei sämtliche Kapitalanteile vollständig eingezahlt sind.
Refinanzierung:	Die IFC refinanziert sich überwiegend durch Mittelaufnahmen auf internationalen Kapitalmärkten, daneben spielen die Eigenkapitaleinzahlungen der Mitgliedsstaaten sowie Kreditaufnahmen bei der IBRD eine Rolle.
Hauptanteilseigner:	USA (24,12 %), Japan (5,98%), Deutschland (5,46%), Großbritannien (5,13%), Frankreich (5,13 %).
Letzte Kapitalerhöhung:	1992
Personal:	1.864 Mitarbeiter, davon 24 Deutsche
Deutscher Beitrag zum Kapital:	US \$ 129 Mio. (entspricht 5,46 % des Gesamtkapitals)
Deutscher Stimmrechtsanteil:	129.158 Stimmen (gesamt: 2.403.931), d.h. 5,46 % (USA 23,70 %, Japan 5,98 %, Frankreich 5,04 %, UK 5,04 %.)

Aufteilung der Stimmrechte: G 7: 52 %

Ausleih- und Auszahlungsvolumen: siehe anliegende Tabelle

Fachlich federführendes Ministerium: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Entwicklung der IFC Geschäftstätigkeit

	2002		2003	
	Mio \$	%	Mio \$	%
a. Regionale Aufteilung				
Afrika	386	9,6	162	41
Asien	776	20,2	1014	25,4
Mittl. Osten und Nordafrika	191	3,9	220	5,5
Europa und Zentralasien	1138	28,3	1142	28,6
Lateinamerika	1430	35,8	1426	35,7
Übrige	85	2,2	27	0,7
Summe	4006	100	3991	100
b. Sektorale Aufteilung				
Land- und Forstwirtschaft	42	1,0	78	2,0
Öl, Gas und Bergbau	184	4,6	301	7,5
Versorgungswirtschaft	246	6,1	469	11,8
Bauindustrie und Immobilien	102	2,5	50	1,3
Transport und Lagerhaltung	227	5,8	73	1,8
Nahrungsmittel und Getränke	250	6,3	90	2,3
Chemikalien	40	1,0	25	0,6
Glas, Zement, Keramik	216	5,4	82	2,1
Eisen, Stahl und Aluminium	50	1,2	37	0,9
Papier und Zellstoffindustrie	77	2,0	166	4,2
Textilien, Bekleidung und Leder	9	0,2	91	2,3
Plastik- und Gummiindustrie	47	1,2	1	-
Industrieprodukte und Konsumgüter des periodischen Bedarfs	169	4,2	166	4,2
Informationen	360	9,0	229	5,7
Finanzierung und Versicherung	1541	38,6	1929	48,2
Fonds	211	5,2	92	2,3
Groß- und Einzelhandel	117	2,9	-	-
Professionelle, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	30	0,7	6	0,1
Gesundheitswesen	38	0,9	51	1,3
Bildungswesen	17	0,4	10	0,3
Unterkunft und Tourismus	33	0,8	43	1,1
Summe	4006	100	3991	100

Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA)

(Stand 15.07.2003)

Gegründet:	Am 12. April 1988 als Mitglied der Weltbankgruppe.
Sitz:	1818 H-Street, NW, Washington, D.C. 20433, USA
Mitglieder:	162 Länder Afghanistan, Gabun, Ruanda, Tadschikistan, Timor Leste sind Mitgliedsländer in 2002-03 geworden
Mitgliedschaft und Stimmrechte:	Grundsätzlich kann jedes Land, das Mitglied bei der Weltbank ist, Mitglied bei der MIGA werden.
Ziele/Aufgaben:	Förderung ausländischer Direktinvestitionen in Entwicklungsländern und in Ländern Übergang zur Marktwirtschaft. Das Mandat sieht im einzelnen vor: <ul style="list-style-type: none">• Vergabe von Garantien zur Absicherung nicht - kommerzieller Risiken von Auslandsinvestitionen, z.B. gegen Währungstransferbeschränkungen, Enteignung, Krieg und Bürgerkriege;• Maßnahmen zur Förderung von Auslandsinvestitionen durch Informationsvermittlung zur Verbesserung des Investitionsklimas.

Der wichtigste Geschäftsbereich der MIGA ist die Übernahme von Garantien gegenüber dem Investor bei Investitionsvorhaben. Die jeweiligen Garantiegebühren werden in Abhängigkeit von der Risikoeinschätzung durch die MIGA festgesetzt.

Die Maßnahmen zur Förderung von Auslandsinvestitionen (Beratung, Konferenzen, Messen, Datenbanken) erlangen zunehmend Bedeutung. So berät MIGA nationale und internationale Investitionsförderungsagenturen zur Verbesserung der Zusammenarbeit und unterhält eine umfangreiche Datenbank im Internet, welche Informationen über Investitionsrahmenbedingungen in Entwicklungsländern bereithält.

Organe:

Die **MIGA ist Mitglied der Weltbankgruppe** mit eigener Rechtspersönlichkeit. Beschlussorgane sind:

Gouverneursrat: höchstes Beschlussorgan der Bank, bestehend aus den Gouverneuren aller Mitgliedsstaaten, die durch die jeweilige Regierung ernannt werden. Deutscher Gouverneur ist Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (BMZ), Stellvertreter ist Staatssekretär Caio Koch-Weser (BMF).

Direktorium: besteht aus 24 Exekutivdirektoren. 6 Direktoren werden jeweils von den größten Anteilseignern ernannt. 18 Direktoren vertreten Stimmrechtsgruppen und werden durch die Gouverneure der jeweiligen Mitgliedsstaaten für 2 Jahre gewählt. Das Direktorium überwacht und steuert die Geschäftstätigkeit auf der Basis

der vom Gouverneursrat delegierten Befugnisse.

Präsident: Präsident der MIGA ist der Präsident der Weltbank. Die Geschäftsführung ist jedoch weitgehend an den "Geschäftsführenden Vizepräsidenten" delegiert.

Präsident:	James D. Wolfensohn (seit dem 01.06.1995). Die Geschäftsführung wird jedoch weitgehend vom "Geschäftsführenden Vizepräsidenten" (EVP), Herrn Motomichi Ikawa, Japan, wahrgenommen.
Eigenkapital:	Das gezeichnete Eigenkapital der MIGA betrug zum Ende des Geschäftsjahres 2003 US \$ 1,771 Mrd. Davon wurden US \$ 338,9 Mio. eingezahlt, der Rest (US \$ 1,432 Mrd.) ist Haftungskapital.
Hauptanteilseigner:	USA (19,11 %), Japan (5,48 %), Deutschland (5,45%), Großbritannien (5,23 %), Frankreich (4,10%).
Letzte Kapitalerhöhung:	Beschlossen 1999 (um 850 Mio US \$)
Personal:	118 Mitarbeiter, davon 3 Deutsche
Deutscher Kapitalanteil:	US \$ 85,68 Mio, davon eingezahlt 18,3 Mio US \$ (entspricht ca. 19,0 % des Gesamtkapitals)
Deutscher Stimmrechtanteil:	9.113 Stimmen (gesamt 192.678), d.h. 4,73 % (USA: 16,34%, Japan 4,75 %, Frankreich 3,58 %, UK 4,54%)

Aufteilung der Stimmrechte: G 7: 39,41 %, Geberländer (Part I): 53,35 %

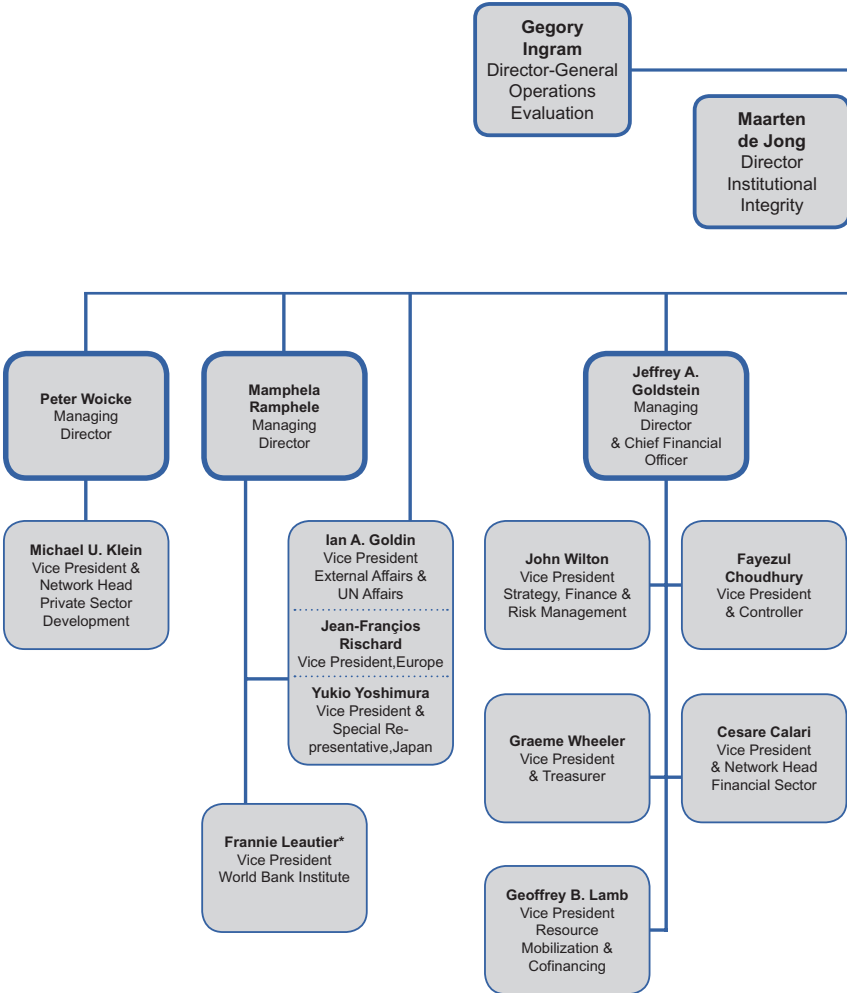
Ausleih- und Auszahlungsvolumen: siehe beigefügte Tabelle

Fachlich federführendes Ministerium: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

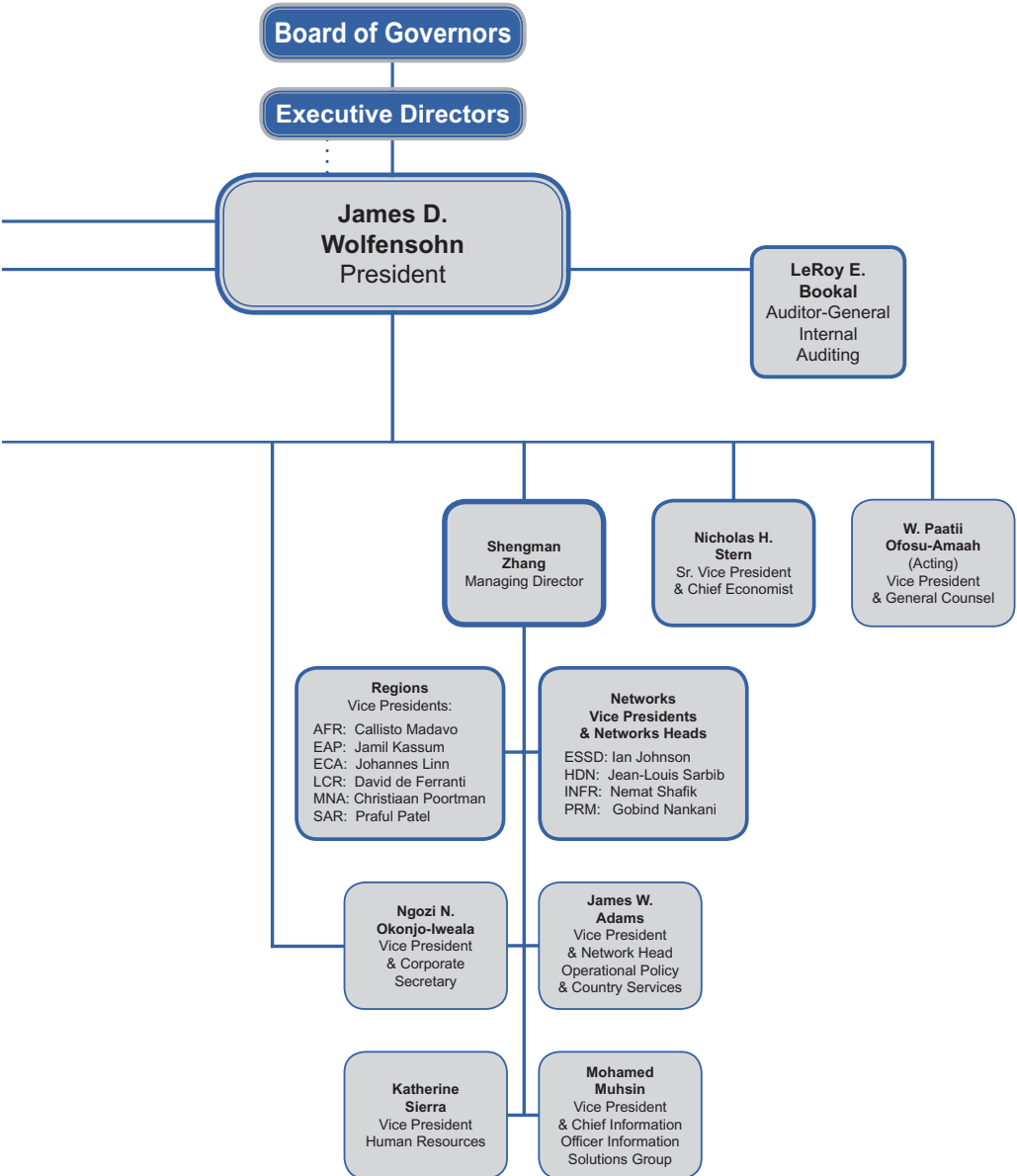
Entwicklung der MIGA Geschäftstätigkeit

	2002		2003	
	Mio \$	%	Mio \$	%
a. Regionale Aufteilung				
Lateinamerika und Karibik	541,1	44,3	284,0	21,0
Afrika	259,2	21,2	250,2	18,5
Europa und Zentralasien	219,0	26,1	624,4	46,2
Asien	102,0	8,4	120,6	8,9
Mittl. Osten und Nordafrika	0	0	72,8	5,4
Summe	1221,3	100	1352,0	100
b. Sektorale Aufteilung				
Infrastruktur	884,6	72,4	630,4	46,6
Finanzdienstleistungen	236,2	19,3	375,8	27,8
Tourismus	44,2	3,6	111,2	8,2
Fertigung	29,7	2,4	51,0	3,8
Dienstleistungen	24,5	2,0	36,6	2,7
Agrar	2,1	0,3	4,2	0,3
Bergbau	0	0	20,8	1,5
Öl und Gas	0	0	122,0	9,0
Summe	1221,3	100	1352,0	100

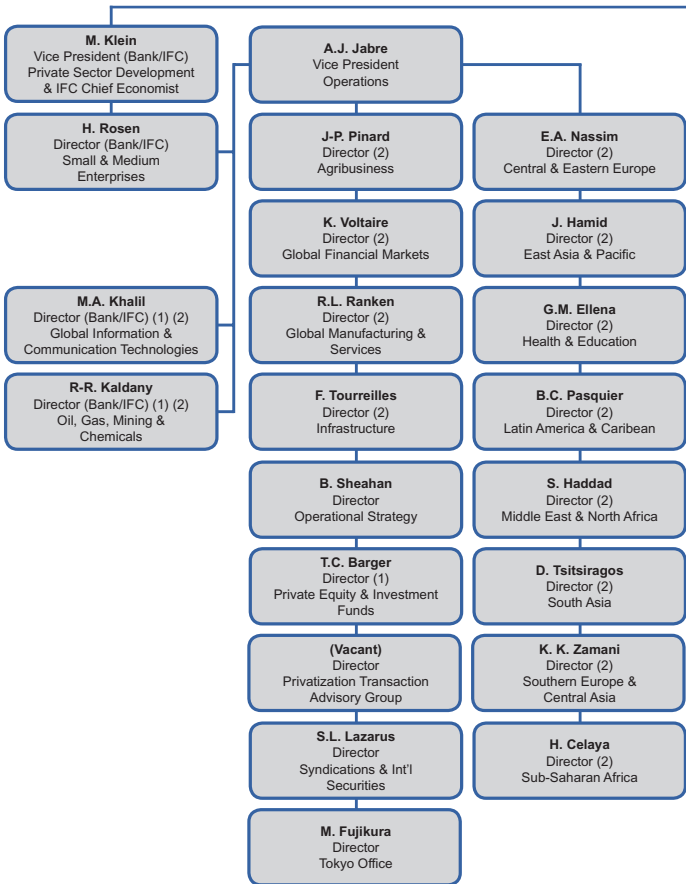
Organization Chart of the World Bank July 2003

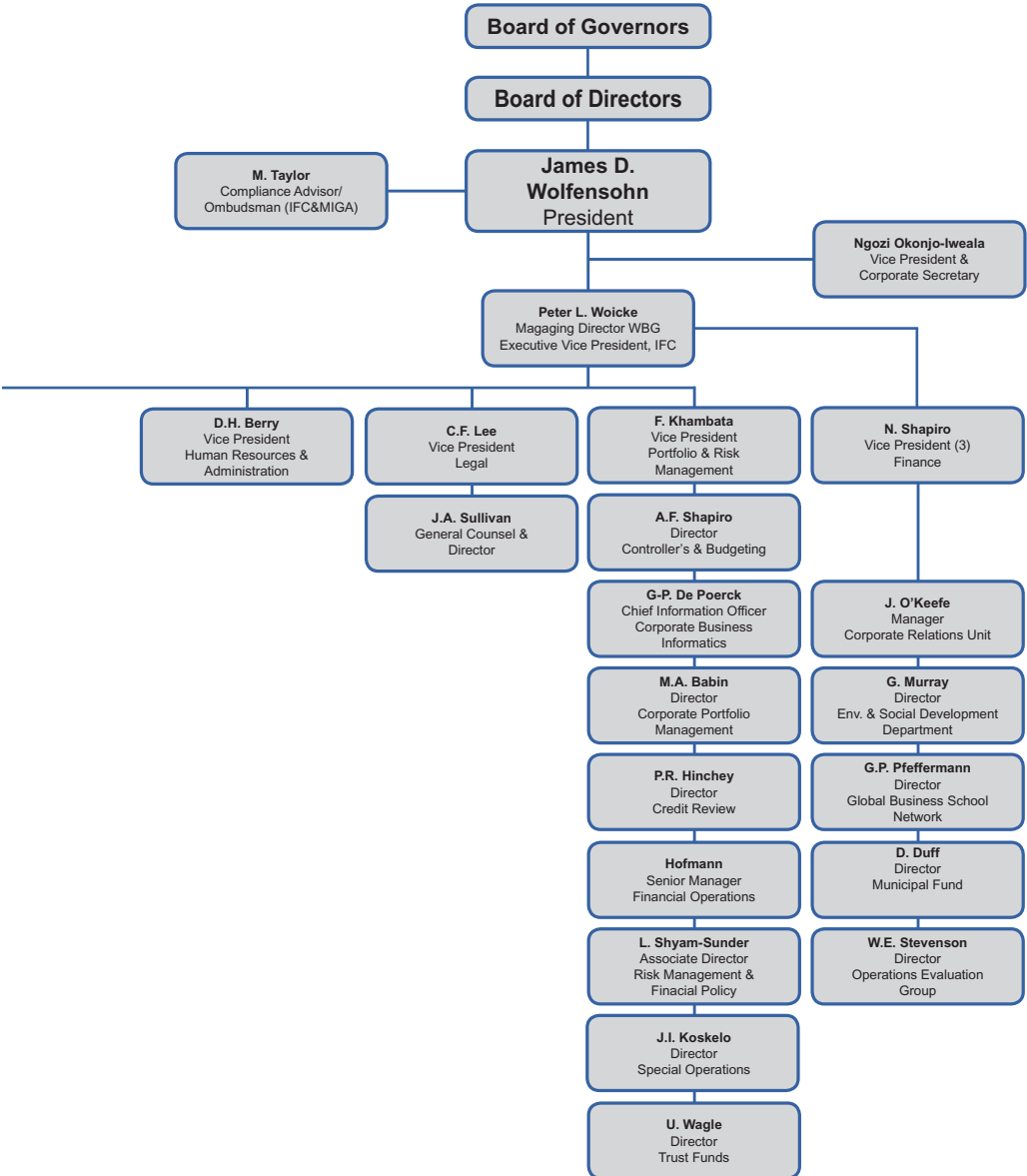


* Dotted line to Sr. Vice President & Chief Economist



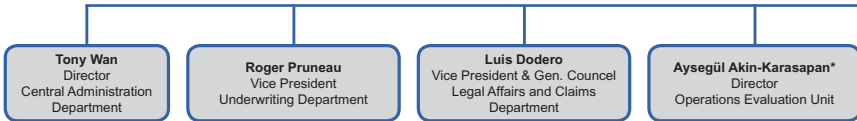
International Finance Corporation Organizational Structure May 2003



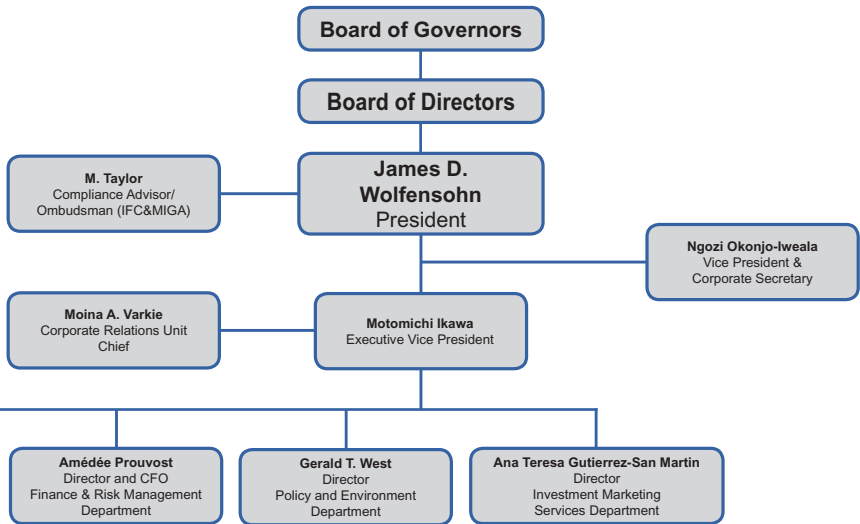


- 1) Also reports to Bank Vice President for Infrastructure
- 2) Also reports to CPRVP on Portfolio & Risk Management
- 3) Treasury Department Reports to Vice President of Finance

Organization Chart of the Multilateral Investment Guarantee Agency February 2003



* Operationally to Operations Evaluation (DGO) and administratively to EVP



MitarbeiterInnen des deutschen Weltbankbüros



Dr. habil. Eckhard Deutscher
Exekutivdirektor
Tel.: 202.458.1183
edeutscher@worldbank.org



Walter Hermann
Stellv. Exekutivdirektor
Tel.: 202.458.1190
whermann@worldbank.org



Susanne Dorasil
Advisor
Tel.: 202.458.8014
sdorasil@worldbank.org



Kirsten Garaycochea
Advisor
Tel.: 202.458.1182
kgaraycochea@worldbank.org



Dr. Marion Kneesch
Advisor
Tel.: 202.458.1742
mkneesch@worldbank.org



Jürgen Schmid
Advisor
Tel.: 202.458.1181
jschmid@worldbank.org



Brigitte Haghghi
Sekretariat
Tel.: 202.458.1628
bhaghghi@worldbank.org



Daniela Sperco
Sekretariat
Tel.: 202.458.1186
dsperco@worldbank.org



Jessica Potts
Sekretariat
Tel.: 202.458.1188
jpotts@worldbank.org

